Klartext zum Nahost-Konflikt

# „Nakba 2.0?“



Haifa 1948: Vertreibung mit vorgehaltener Waffe – Foto:

## Israel: ethnische Säuberung als politisches Programm und die deutsche Staatsräson

*Was Adolf Hitler und die Nationalsozialisten dem jüdischen Volk angetan haben, - Vernichtung von sechs Millionen Menschen, Holocaust -, darf nicht die Rechtfertigung Israels für die Diskriminierung des palästinensischen Volkes sein. ...*
*Ich habe nicht das Vernichtungslager Auschwitz, das KZ Ravensbrück und den Todesmarsch überlebt, um von sogenannten Antideutschen und Konsorten als Antisemitin beschimpft zu werden.*

*Esther Bejarano*
*in „Zeit der Verleumder", D 2021 www.youtube.com/watch?v=A6gkY0eUPXg, 1:36:58 ff*

*„Im Moment gibt es nur ein Ziel: Nakba!*
*Eine Nakba, die die Nakba von 1948 in den Schatten stellen wird.*
*Nakba in Gaza und Nakba für jeden, der es wagt, sich anzuschließen!*
*Ihre Nakba, denn wie damals 1948 ist die Alternative klar."*

*Ariel Kallner (Likud)*
*Knesset-Abgeordneter, 8.10.2023*

## *Zur Zeit der Verleumder*

*Sie nennen mich*
*Verräter an meinem Volk*
*Sie nennen mich*
*Jüdischer Antisemit*
*weil ich spreche von dem*
*was sie tun in Israels Namen*
*gegen Palästinenser*
*gegen Araber anderer Länder*
*und auch gegen Juden*
*die totgeschwiegen werden*
*Später einmal*
*werden Juden die übrigbleiben*
*wenn dieser Wahnsinn vorbei ist*
*zu suchen beginnen*
*nach Spuren von Juden*
*die nicht mittaten*
*sondern warnten*
*So haben Deutsche gezeigt*
*nach dem Untergang Hitlers*
*auf Deutsche die tags zuvor*
*noch verfolgt wurden oder getötet*
*Die sollten nun Zeugen sein*
*daß Deutsche auch anders waren*
*Ob dann ein Wort*
*noch nachlebt*
*von meiner Warnung*
*Wichtiger aber:*
*ob dann in Palästina noch Juden leben*
*entronnene jener Vernichtung*
*die sie selbst herbeiführen halfen*
*durch ihr Unrecht*
*zu meiner Zeit?*

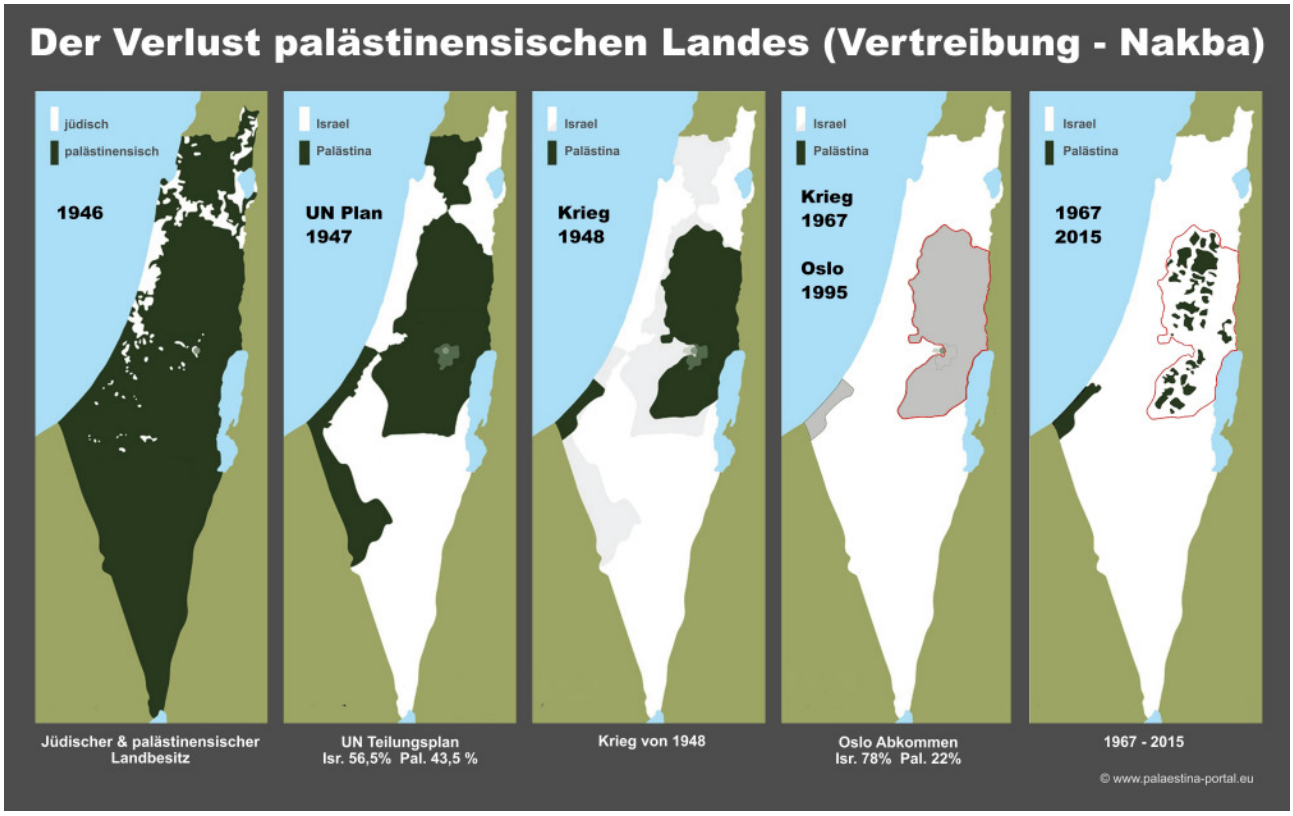
*Erich Fried*

Impressum:
2. Auflage (redaktionell leicht überarbeitet), Januar 2024
Autorenkollektiv KLARtext-Blog
Layout: Reinhard Frankl
Herausgeber: KLARtext-Blog www.klartext-info.de
Eigendruck im Selbstverlag

# Inhaltsverzeichnis


Palästinenser – Volk von Flüchtlingen und Vertriebenen....5
Die Nakba – allein Folge eines Krieges?....6
Interview-Auszüge aus „Neben der Straße“ (I)....7
Ursache für Vertreibung: nicht Krieg - ethnische Säuberung!....8
Interview-Auszüge aus „Neben der Straße“ (II)....10
Rückkehr verboten!....12
„Rückkehr“ nur für Juden und Angehörige....13
Vertreiben um zu enteignen....13
Landraub in großem Stil....15
Entschädigungslose Enteignung....15
Israel – das gelobte Land, das nur Juden gehört....16
Entarabisierung – Programm des Zionismus....17
UNO: Zwei Staaten – die Lösung?....18
Palästinenser: Teilungsplan abgelehnt - Warum?....18
Biblische Verheißung als Ziel?....19
Expansion durch Krieg....20
Illegale Siedlungen: Schleichende Annexion und ethnische Säuberung....20
Ethnische Säuberung auch im Gazastreifen....24
Israel: Zwei-Staaten-Regelung abgelehnt....25
Weiter:....26
Frieden wie?....27
Israelkritik = Antisemitismus?....27
Zur deutschen Verantwortung für den Holocaust und seine Folgen....29
Deutsche Verantwortung „für Existenz und Sicherheit Israels“?....31
Schluss: Optionen....33
Literatur....35

*Karte 1*[1]




Definitorische Vorbemerkung

Im Folgenden wird sehr oft von „Flüchtlingen“ gesprochen. Das rührt von der Übersetzung des englischen Wortes „refugees“ her. Es ist dieser Begriff, der von den Organisationen der Vereinten Nationen und deshalb auch in der Fachliteratur für die Palästinenserinnen und Palästinenser benutzt wird, die eben nicht freiwillig ihre Heimat verlassen haben, sondern mit Waffengewalt und Terror VERTRIEBEN wurden. Es handelt sich also genau besehen immer um Vertriebene.

Die verwendeten Hyperlinks wurden zuletzt am 22.12.2023 abgerufen.

1 www.arendt-art.de/deutsch/palestina/Bilder3/Karten18.JPG
mehr Kartenmaterial: www.arendt-art.de/deutsch/palestina/texte/Karten.htm

## Palästinenser – Volk von Flüchtlingen und Vertriebenen

Die Wurzeln des heutigen Nahostkonflikts liegen in den Umständen der Staatsgründung Israels. Diese Umstände führten dazu, dass das palästinensische Volk seither zum größten Teil ein Volk von Geflüchteten bzw. Vertriebenen und ihren Nachkommen ist. Sie leben vor allem im Gazastreifen, im Westjordanland und in den dortigen Flüchtlingslagern sowie in denen Libanons, Syriens und Jordaniens (58 Lager). Insgesamt sind es über zehn Millionen Menschen von (nach Angaben des Palästinensischen Zentralbüros für Statistik) weltweit 13,8 Millionen Palästinensern Mitte 2021. Die Ursachen für diese untragbare Entwicklung zu verstehen, kann dazu beitragen, Lösungen zu finden, es sei denn Vorverurteilungen von Israelkritik als „Antisemitismus", Beschimpfungen und Systeme falscher Behauptungen behalten die Oberhand. Wir lehnen es ab, sich zwischen „proisraelisch" oder „propalästinensisch" entscheiden zu müssen, oder anders gesagt: zwischen einer rechtsradikal-bis-faschistischen israelischen Regierung, die weiterhin das Ziel eines archaisch-religiösen Eretz-Israel in alttestamentlichen Grenzen verfolgt, und dem archaisch-religiösen Dschihad (dem „Heiligen Krieg") der Hamas für einen islamischen Staat in Palästina.

Ende 2022 gab es im **Gazastreifen** 2,06 Millionen Bewohner.[2] Rund 1,7 Millionen von ihnen sind beim UN-Hilfswerk UNRWA[3] registrierte Flüchtlinge, also über 80 Prozent der Gesamtbevölkerung.[4] Nahezu 40 Prozent der im Gazastreifen registrierten Flüchtlinge leben in acht Lagern.[5] Die Menschen, die heute den Gazastreifen bewohnen, sind weit überwiegend Nachkommen von Großeltern oder Eltern, die 1948 im Zusammenhang mit der Gründung des Staates Israel vor allem vor dem Terror und der Bedrohung durch jüdische Kampfverbände, der jüdischen Armee und jüdischen Siedlern geflohen sind.[6] „*Dass diesen* (den Flüchtlingen) *die Rückkehr in ihre Heimatorte … verweigert wurde, ist den Bewohnern bis heute sehr präsent*".[7] Registriert und damit anspruchsberechtigt auf Leistungen des UN-Hilfswerks sind nur Personen, deren Hauptwohnsitz zwischen dem 1. Juni 1946 und dem 15. Mai 1948 im britischen Mandatsgebiet Palästina lag. Das ehemalige Mandatsgebiet umfasst den am 15. Mai 1948 gegründeten jüdischen Staat, das für Palästinenser vorgesehene Territorium für einen palästinensischen Staat und Jerusalem als besonderes, allen zugängliches Territorium.

Vom UN-Hilfswerk UNRWA betreut werden auch alle, die unter den genannten Bedingungen ins **Westjordanland** und nach Ost-Jerusalem geflohen sind. 900.000 registrierte Flüchtlinge leben im Westjordanland, etwa 30 Prozent der dortigen palästinensischen Bevölkerung von 2,8 Millionen. Ein Viertel von ihnen lebt in Lagern. Israel hatte 1967 in einem sechstägigen „Präventivkrieg" - seit Februar 2022 müsste man ihn „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg" nennen - u.a. das seit 1949 von Jordanien annektierte Westjordanland und Ostjerusalem und den 1948 von Ägypten annektierten Gazastreifen erobert und besetzt. Ostjerusalem wurde 1980 per Gesetz von Israel annektiert.

Anspruchsberechtigte registrierte Flüchtlinge sind auch Palästinenser, die nach **Syrien, Libanon und Jordanien** geflohen sind. Ende 2022 lebten knapp 2,4 Millionen registrierte Flüchtlinge in Jordanien,[8] 580.000 in Sy-

2 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417982/umfrage/gesamtbevoelkerung-im-gazastreifen/; andere Quellen nennen 2,2 oder 2,3 Millionen Menschen

3 Die UNRWA ist das Ende 1949 gegründete Hilfswerk der UNO für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten. Sie haben Anspruch auf die Leistungen des UN-Hilfswerk, also Nahrungsmittel, Schulbesuch, Gesundheitsfürsorge usw.

4 Muriel Asseburg, Jan Busse, Der Nahost-Konflikt, München 2023, 75; 1,5 Mio. waren offiziell registrierte Flüchtlinge. Ehefrauen und Nachkommen von registrierten männlichen Flüchtlingen galten als „andere registrierte Personen". 2019 waren es im Gazastreifen weitere 162.000 Personen.

5 Muriel Asseburg, Palästina und die Palästinenser, München 2022, 35.

6 Ausführliche Darstellung in Ilan Pappe, Die ethnische Säuberung Palästinas, Frankfurt 2010

7 Christian Meier, FAZ 4.1.2023

8 Serena Bilanceri, Die ewig Heimatlosen, taz 31.5.2022; https://taz.de/Palaestinenserinnen-in-Jordanien/!5854914/

rien und 490.000 im Libanon. Sie machen über 20 Prozent der Bevölkerung Jordaniens und über zehn Prozent der Bevölkerung Libanons aus. Etwa 30 Prozent der Flüchtlinge dieser drei Länder leben in Flüchtlingslagern. 50 Prozent der Bevölkerung Jordaniens haben palästinensische Wurzeln. Insgesamt sind 2022 rund 6 Millionen Palästinenser als Flüchtlinge beim UN-Hilfswerk registriert, 2,6 Millionen im Westjordanland und im Gazastreifen und 3,5 Millionen in Jordanien, Libanon und Syrien.
**Nicht registriert** sind alle Palästinenser, die 1948 und danach in andere Länder als Jordanien, Syrien und Libanon geflohen sind. Nicht registriert sind auch alle, die 1967 und in den Jahren danach annektierte bzw. besetzte Gebiete verlassen haben, weil ihnen das Leben dort unter dem Druck von Siedlern, Polizei, Armee und Behörden unerträglich gemacht wurde. Sie werden offiziell nicht als Flüchtlinge registriert, obwohl sie es sind. Diese Flüchtlinge gelten „nur" als Vertriebene (*displaced persons*).[9] Sie haben also keinen Anspruch auf eine Registrierung beim UN-Hilfswerk und damit auf dessen Sozialhilfe mit Nahrungsmitteln, Schulen, Krankenhäusern, Kultureinrichtungen usw. Ihre Zahl ist unbekannt.

Die Zahl der Palästinenser, die insgesamt auf dem Boden des ehemaligen britischen Mandatsgebiet gelebt haben oder noch leben, beläuft sich auf über zehn Millionen (2,8 Mio. im Westjordanland, 2,06 Millionen im Gazastreifen, 3,5 Mio. registrierte Flüchtlinge in den arabischen Nachbarländern[10] und zwei Millionen Menschen innerhalb des jüdischen Staates einschließlich der rund 400.000 Palästinenser im annektierten Ostjerusalem). 75 Prozent der Palästinenser sind Flüchtlinge bzw. leben unter der Herrschaft der israelischen Besatzungsmacht.
Die Zahl der Palästinenser, die in Jordanien, Syrien und im Libanon leben, ohne als Flüchtling registriert zu sein, ist nicht erfasst. Es müssen viele sein. In Jordanien haben 50 Prozent der Bevölkerung palästinensische Wurzeln.[11] Aber auch im Jemen, im Irak, in den Golfmonarchien und in Tunesien gibt es viele Hunderttausend nicht registrierte Flüchtlinge.
Insgesamt soll es Mitte 2021 nach Angaben des Palästinensischen Zentralbüros für Statistik weltweit 13,8 Millionen Palästinenser gegeben haben.
Das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge und Vertriebenen ist der Dreh- und Angelpunkt des sogenannten „Nahostkonflikts". Ohne hier eine Lösung zu finden, kann dieser „Konflikt" niemals gelöst werden.

## Die Nakba – allein Folge eines Krieges?

Insgesamt wurden vor allem 1948 etwa 750.000 Palästinenser aus ihren Heimatorten vertrieben, mehr als die Hälfte der ursprünglichen palästinensischen Bevölkerung von 1,31 Mio. im Jahre 1946. Die Hälfte ihrer Städte und Dörfer wurde zerstört und *„nur sehr wenigen von ihnen gelang es jemals zurückzukehren"*.[12] Das war eine gewaltige Katastrophe, auf Palästinensisch *„Nakba"*.
Als Grund für Flucht und Vertreibung gibt Wikipedia den Palästinakrieg von 1948 an, der als *„ unmittelbare Hauptursache des Flüchtlingsproblems"*[13] bezeichnet wird. *„Im Laufe des Krieges begann die Flucht bzw. Vertreibung vieler palästinensischer Araber"*.[14] Auch Muriel Asseburg, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik, führt die Flucht von Palästinensern in den Jahren 1948-49 auf *„kriegerische Auseinandersetzungen"* zurück.[15] Daraus folgt, dass die arabischen Staaten, die einen Krieg gegen Israel begonnen haben, die Verursacher der Vertreibung seien.

9 Asseburg 2022, 34
10 Asseburg 2023, 75
11 Serena Bilanceri, Die ewig Heimatlosen, taz 31.5.2022; https://taz.de/Palaestinenserinnen-in-Jordanien/!5854914/
12 Ilan Pappe 2010, 29
13 https://de.wikipedia.org/wiki/Palästinensisches_Flüchtlingsproblem
14 https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_des_Staates_Israel
15 Asseburg 2022, 73

## Interview-Auszüge aus „Neben der Straße“ (I)




(0:14:49) *Interviewerin: Erinnerst du dich, wie sie vertrieben wurden?*
Amnon: Was für eine Frage?
Selbstverständlich, ich vertrieb sie!

*Interviewerin: Von wo?*

Amnon: Aus Kawfakha, aus Burayt, aus Najad ...

*Interviewerin: Wie sah es aus, wenn sie gingen …?*

Amnon: Sie gingen zu Fuß in Kolonnen. Sie nahmen das Wenige, was sie hatten, und gingen.

(0:25:36)… Was soll ich dir sagen? … Wir haben hier 70 Leute getötet? Ich will darüber nicht sprechen. …

(0:38:54) Sie [*die heutige junge Generation*] haben keinen blassen Schimmer

*Interviewerin: Aber sie bringen nur das zum Ausdruck, was eure Generation hervorgebracht hat. Das ist nicht neu.*

Amnon: Sie bringen das nicht zum Ausdruck. Sie haben nur Gerüchte gehört über die jüdischen Milizen. Sie haben keine Ahnung, wie es wirklich war.

*Interviewerin: Aber das ist so, weil eure Generation es ihnen nie gesagt habt. Du bist der einzige, der öffentlich über die Nakba spricht,*

Amnon: Ich weiß. Alle meine Schulfreunde, die noch leben, … sind engstirnig. Sie haben nach 17 ihre Weltanschauung nicht verändert. Man beginnt erst mit 20 zu denken. Was hat du getan? Dir wurde befohlen, die Araber zu vertreiben. Also hast du sie vertrieben und erschossen. Warum?

*[Fahrt zu einem zerstörten palästinensischen Dorf im Norden Israels]*

(0:39:54) Amnon: Das war ihr Land und ihre Fabrik wurde 1922 gegründet. ...

*Interviewerin: Wo wir stehen war ein Dorf?*

Amnon: Ja

*Interviewerin: Erinnerst du dich daran?*

Amnon: Sicherlich erinnere ich mich daran … [*beschreibt die Landschaft und Einzelheiten aus dem Dorf*] … Es stand neben der Straße. Es war Segregation. Es war eine absichtliche Trennung.

*Interviewerin: Denkst du, dass die Segregation bezweckte, moralische Bedenken zu verhindern, als die Zeit der Vertreibung kam?...*

Amnon: Ja, ich bin mir sicher. ...

(0:40:43) Amnon: Ich tat, was ich tat. Und dann hörte ich von anderen dieselben Sachen. Sie wussten nicht, warum wir sie vertrieben. Und wir sagten ihnen: „Yalla, geht nach Gaza!“ Frauen und Kinder schrien und weinten. Wir vertrieben sie nach Gaza. Die, die jetzt in Gaza leben, sind ihre Enkelkinder.

Israel/Palästina 2013, Regie: Lia Tarachansky. Gespräch mit Amnon Noiman, Palmach-Veteran. https://vimeo.com/118876361

Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon und Syrien griffen Israel jedoch erst **nach** der Staatsgründung am 14. Mai 1948 und dem Abzug der britischen Truppen am 15. Mai an.

„*In einer ersten Welle flohen bis März 1948 etwa 75.000 Araber, vor allem die Mittel- und Oberschicht, aus größeren Städten Palästinas mit gemischter Bevölkerung wie Haifa, Jaffa, Jerusalem und Umgebung sowie der Küstenebene*“.[16] Warum sie flohen, wird verschwiegen.

Am 29.11.1947, dem Tag, an dem die UNO ihren Teilungsplan für Palästina verabschiedet hatte (siehe weiter unten), „*waren die 75.000 Palästinenser der Stadt* (Haifa) *einer Terrorkampagne ausgesetzt, die Irgun und Hagana gemeinsam betrieben*“.[17] Angriffe mit Maschinenpistolen, Sprengstofffässern, Feuer, Bomben

16 https://de.wikipedia.org/wiki/Palästinensisches_Flüchtlingsproblem

17 Ilan Pappe 2010, 91. Die Hagana war eine zionistische paramilitärische Untergrundorganisation im britischen Mandatsgebiet Palästina vor der israelischen Staatsgründung, die Irgun, auch als Etzel bekannt, spaltete sich 1931 davon ab und ist durch ihre geheimen, meist terroristischen Missionen bekannt. Ihr Oberkommandierender ab 1938 war Wladimir Zeev Jabotinsky, Lehrer der Irgun-Aktivisten Menachem Begin und Jitzchak Schamir. (vgl. Wiki-

usw. führten dazu, dass etwa 15.000 Angehörige der palästinensischen Oberschicht (reiche Kaufleute und Gewerbetreibende) Haifa verließen. Die verbleibenden 50-60.000 palästinensischen Einwohner von Haifa wurden dann am 22. April 1948 unter den Augen der britischen Truppen aus der Stadt gejagt. Der Führer der jüdischen Carmeli-Brigade, der spätere Stabschef der israelischen Armee, Mordechai Maklef gab dazu den Befehl aus: „*Tötet jeden Araber, den ihr trefft, setzt alles Brennbare in Brand und sprengt die Türen auf*.“[18] Tausende wurden unter Beschuss von Granatwerfern zum Hafen und ins Meer getrieben. Viele ertranken.[19] Ab Mitte April 1948 belagerten 5.000 jüdische Soldaten die Stadt Jaffa und eroberten sie nach heftigem Widerstand durch 1.500 Freiwillige am 13. Mai. Alle 50.000 verbliebenen palästinensischen Einwohner wurden mit Unterstützung britischer Truppen vertrieben, nicht zuletzt nach Gaza. Die Oberschicht war schon vorher geflohen. Ihr war die bis Ende März weitgehende Zerstörung des ländlichen Hinterlandes von Jaffa durch jüdische Terrormilizen nicht verborgen geblieben.
„*Mit dem Fall von Jaffa hatten jüdische Truppen alle größeren Städte und Gemeinden besetzt, geräumt und entvölkert. Die überwiegende Mehrheit ihrer Einwohner … sah ihre Heimat nie wieder*“.[20]
Am 9. April 1948 verübten jüdische Verbände der Irgun in Deir Jassin, einem Dorf im Westen Jerusalems, ein besonders abschreckendes Massaker. Die Zahl der ermordeten Zivilisten wird auf rund 100 geschätzt. Menachim Begin, Chef der Irgun und von 1977 bis 1983 israelischer Ministerpräsident, bezeichnete nach der Gründung Israels das Blutbad ausdrücklich als „gerechtfertigt“, da es ohne den „Sieg“ von Deir Jassin keine israelischen Staat gegeben hätte.[21] „*Infolge des Massakers und aus weiteren Gründen waren bis zum eigentlichen Beginn des Palästinakriegs am 14. Mai 1948 – also binnen 35 Tagen – bereits zwischen 250.000 und 300.000 arabische Palästinenser geflohen oder wurden vertrieben.*“[22] Mit „weiteren Gründen“ können nur weiterer Terror gegen die palästinensische Bevölkerung bzw. die Drohung mit Terror gemeint sein. Wenn es eine solche Bedrohung nicht gegeben hätte, wären Palästinenser nicht aus Gebieten ohne Kampfhandlungen geflohen. – Von wegen „freiwillig“! Insgesamt gab es von Ende 1947 bis Januar 1949 mindestens 32 Massaker. Bis heute ist nicht erforscht, wie viele Menschen dadurch insgesamt ermordet wurden.[23]
Die arabischen Armeeeinheiten waren schlecht ausgerüstet und der israelischen Armee zahlenmäßig unterlegen. Sie waren nicht in der Lage und auch in bedeutendem Maße nicht willens, die Vertreibung von 750.000 Palästinensern aus Palästina zu verhindern. Der kampfstärkste Teil, die jordanische Armee, beschränkte sich darauf, die Eroberung des Westjordanlandes in Absprache mit Israel abzusichern. Ben Gurion wusste: „*Wir können es mit den gesamten arabischen Truppen aufnehmen*“. Allein die Hagana bestand aus 50.000 Kämpfern, von denen die Hälfte im Zweiten Weltkrieg von der britischen Armee ausgebildet worden war.

## Ursache für Vertreibung: nicht Krieg - ethnische Säuberung!

David Ben Gurion (1886-1973) war von 1948 bis 1953 und von 1955 bis 1963 Premierminister und Verteidigungsminister Israels. Er war der unbestrittene Führer der zionistischen Bewegung von der 1920er Jahren bis Mitte der 1960er Jahre. Schon 1937 erklärte er in einem Brief an seinen Sohn zur Leitlinie: „*Die Araber werden gehen müssen*“, aber man brauche einen günstigen Moment, um dafür zu sorgen, „etwa einen Krieg“.[24] In seinem Tagebuch äußerte er schon am 12. Juli 1937 den „*Wunsch …, die jüdische Führung möge den Willen und die Stärke besitzen, die Araber aus Palästina auszusiedeln*“.[25] Im Juni 1938 schrieb er an die

---

pedia).

18 Ilan Pappe, Die ethnische Säuberung Palästinas, Frankfurt 2010, 136; ab Seite 130 stellt Pappe die terroristische Vertreibung der Palästinenser bis zum Kriegsbeginn dar

19 Pappe 2010, 136-38

20 ebda., 146f.

21 Hollstein 1977, 143; Begin 1951, 164, Fußnote 40, Hollstein 1977, 163

22 https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Deir_Yasin

23 Pappe 2010, 334, vgl. die Transkriptionsauszüge aus dem Film „Neben der Straße“ (II) unten

24 ebda., 46

25 Pappe 2010, 346 Fußnote 18

Exekutive der Jewish Agency[26]: „*Ich bin für Zwangsumsiedlung* [der Palästinenser]; *darin sehe ich nichts Unmoralisches*.“[27] Joseph Weitz (1890-1972) war von 1932 bis zu seinem Tode Vorsitzender des Jüdischen Nationalfonds. Dieser wurde 1901 gegründet, um für die jüdische Besiedlung Palästinas Land zu kaufen oder zu pachten. Weitz notierte 1940 in seinem Tagebuch: „*Unter uns muss klar sein, dass es im Land keinen Platz gibt für beide Völker zusammen. … Mit den Arabern werden wir unser Ziel, ein unabhängiges Volk in diesem Land zu sein, nicht erreichen. Die einzige Lösung ist Eretz Israel, zumindest der westliche Teil Eretz Israels, ohne Araber … und es gibt keinen anderen Weg als die Araber von hier in die benachbarten Länder zu transferieren, sie alle zu transferieren. Nicht ein Ort oder Stamm soll übrig bleiben und der Transfer muss auf den Irak, Syrien oder sogar Transjordanien gerichtet sein. Zu diesem Zweck wird Geld aufzutreiben sein, so viel Geld; und nur durch diesen Transfer kann das Land Millionen unserer Brüder aufnehmen. Es gibt keine Alternative dazu ...*“[28] Am 22. Juni 1941 schrieb er in sein Tagebuch: „*Das Land Israel ist überhaupt nicht klein, wenn nur die Araber entfernt würden und seine Grenzen ein wenig erweitert würden, nach Norden bis zu den Litani* (dem größten Fluss im Libanon) *und nach Osten einschließlich der Golanhöhen. ... mit den Arabern, die nach Nordsyrien und in den Irak verlegt wurden... Heute haben wir keine andere Alternative... Wir werden hier nicht mit Arabern leben.*“[29]

Am 2. November 1947 führte Ben Gurion vor der Jewish Agency unmissverständlich aus, dass die ethnische Säuberung das Mittel dazu sei, den neuen Staat ausschließlich jüdisch zu machen. Da die Palästinenser im jüdischen Staat zu einer fünften Kolonne werden könnten, „*können sie massenhaft verhaftet oder vertrieben werden; besser ist, sie zu vertreiben*“.[30]

Am 3. Dezember 1947 erklärte er: „*In den Gebieten, die dem jüdischen Staat* (durch die Teilungsresolution der UNO) *zugewiesen worden sind, gibt es 40 Prozent Nicht-Juden. Diese soziale Zusammensetzung ist keine solide Basis für einen jüdischen Staat. … Nur ein Staat mit mindestens 80 Prozent Juden ist ein lebensfähiger und stabiler Staat*.“[31] Die Vertreibung von 750.000 Palästinensern und gleichzeitig eine verstärkte Einwanderung schufen die Grundlage dafür, dass die arabische Bevölkerung im Jahr nach der Staatsgründung nicht mehr zwei Drittel, sondern nur noch 15 Prozent der Bevölkerung stellte. Die zionistische jüdische Regierung unter Ben Gurion hatte ihr Ziel erreicht (vgl. Tabelle 1). Ben Gurion war 1930 einer der Gründer der sozialistischen Arbeiterpartei Mapai und bis 1963 deren Parteivorsitzender. Mapai war eng mit der Gewerkschaft (Histadrut) verbunden, die die Siedlungswirtschaft dominierte. Mapai ging 1968 in die sozialdemokratische israelische Arbeitspartei Awoda auf, die Mitglied der Sozialistischen Internationale ist. 1973 wurde der rechte Parteienblock Likud (Konsolidierung) gegründet, der 1977-1984 zum ersten Mal regierte, sich 1988 zu einer Partei zusammenschloss und seit Mitte der 1990er Jahre fast durchgängig die Regierung bildete. Awoda und Likud sind beides zionistische Parteien auf der Basis eines exklusiv jüdischen Staates.

26 Die Jewish Agency wurde 1929 gegründet, um die Gründung eines jüdischen Staates zu fördern. Nach der Gründung des jüdischen Staates war ihr Hauptzweck, Juden aus der ganzen Welt zur Einwanderung nach Israel zu bewegen. www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/57636/einwanderungspolitik/

27 https://de.wikipedia.org/wiki/David_Ben-Gurion

28 Petra Wild, Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina, Wien 2013, 16 f.

29 https://de.wikibrief.org/wiki/Yosef_Weitz

30 Pappe 2010, 79 und 346, Fußnote 20

31 Pappe 2010, 79, Fußnote 19, 346

## Interview-Auszüge aus „Neben der Straße“ (II)

Amnon: (0:57:58) Die Flucht der Dorfbewohner begann, als wir mit der Räumung dieser Wege begannen für unsere Konvois. Und dann begannen wir, die Dorfbewohner zu vertreiben. Und am Ende flohen sie von alleine. Sie dachten nicht, dass sie für lange flüchten. Sie dachten nicht, dass sie nicht zurückkehren würden. Noch konnte sich jemand vorstellen, dass ein ganzes Volk nicht zurückkehren würde. Sie sind ein Volk, das während Tausender von Jahren so gelebt hatte. Eroberer kamen. Sie hatten nie einen Exodus. Es gab keinen Exodus. Die Führer wurden verbrannt, die Priester, die Schriftsteller … aber die einfachen Leute wurden nie vertrieben. Wie hätten die Eroberer sonst Steuern eintreiben sollen? Die einzige Tragödie, die ihnen geschah, war die Tragödie der Nakba 1948. Weil wir nicht gekommen sind um Steuern einzutreiben. Wir kamen, um das Land aus fremden Händen zu nehmen. Und wir haben es uns genommen. Und wer das Land nimmt, vertreibt andere. Deshalb ließen wir sie nicht zurückkehren. Zu dieser Zeit sah ich nichts Falsches darin. … Seit 50 oder 60 Jahren frisst es mich auf. Aber … Getan ist getan. Und es wurde getan, was befohlen wurde.

*Zuhörer: Und kannst du dich erinnern, was dir befohlen wurde?*

Amnon: Ich sag’s dir. Aber ich rede nicht gerne darüber. Wir haben das Dorf umstellt, wir fingen an, in die Luft zu schießen, und alle fingen an zu schreien. Und wir vertrieben sie. Die Frauen und Kinder gingen nach Gaza.

*Zuhörerin: Und gab es Leute, die sich widersetzt haben?*

Amnon: Das hat sich niemand gewagt. Ich sag’s dir, es war ihnen klar, dass, wer es wagt, getötet würde. Andersherum hätten sie dasselbe getan. Es gibt keine Heiligen.

*Zuhörerin: Und seid ihr danach reingegangen und habt das Dorf zerstört oder niedergebrannt?*

Amnon: ... In manchen Fällen haben wir das Dorf niedergebrannt und manchmal haben wir es stehen lassen.

…

*Zuhörer: Wir haben einmal einen Soldaten aus Beersheva getroffen, ... und er sagte uns, dass sie Leute erschossen hätten, die aus Beersheva geflüchtet sind.*

Amnon: Ja. Ja, ja. Sie rannten nach Osten und nach Süden und sie wurden beschossen. … Ich sah es. OK. Ich habe es auch getan. Reicht das? Warum in Details gehen? … Ich habe mir nichts dabei gedacht. Ich war 19. Ich war ein Dummkopf. ... Und es wird immer 19-Jährige geben. ...

(1:03:00) Die Leute, die in Gaza waren, wollten zu ihren Dörfern zurückkehren. Die Weinreben trieben aus und mussten beschnitten werden. Also sind sie dorthin gegangen. Wir konnten sie nicht einfach so herumlaufen lassen. Also warteten wir auf sie. Und wir schossen und töteten sie. …

https://vimeo.com/118876361, s. o.

Die Vertreibung folgte eindeutig einem Plan. Die Hagana (vgl. Fußnote 17) entwickelte im März 1948 den Plan Dalet, der festlegte, mit welchen Operationen die Basis für den künftigen jüdischen Staat geschaffen werden sollte: „*Diese Operationen lassen sich folgendermaßen durchführen: entweder durch Zerstörung von Dörfern (indem man sie in Brand setzt, sprengt und die Trümmer vermint) und insbesondere von Wohngebieten, die auf Dauer schwer zu kontrollieren sind, oder durch Durchsuchungs- und Kontrolloperationen nach folgenden Richtlinien: Umstellen und Durchkämmen der Dörfer. Im Fall von Widerstand sind die bewaffneten Kräfte auszuschalten und die Einwohner über die Landesgrenzen zu vertreiben.*“ Jeder der zwölf Brigadekommandeure der Hagana erhielt eine Liste der Dörfer oder Stadtviertel und die Methode der gewünschten Maßnahmen. Allein über den Plan Dalet wurden 531 Dörfer zerstört und elf Städte und Stadtviertel.[32] Dabei half die Propaganda von einer angeblich drohenden Vernichtung durch einen „zweiten Holocaust“, der durch solche Maßnahmen der „Selbstverteidigung“ verhindert werden müsse. „*Einen militärischen oder politischen Befehl, möglichst viele Araber zu vertreiben, erhielten israelische Verbände nicht,*“[33] verkündet Wikipedia. Das ist eine Falschbehauptung.

Golda Meir (1898 – 1978) gehörte zum engsten Führungskreis um Ben Gurion und war 1969 bis 1974 Premierministerin. Sie stritt 1969 sogar ab, dass ein palästinensisches Volk existiert habe und folglich auch nicht

32 Pappe 2010, 120-122, 349 Fußnoten 82-84

33 https://de.wikipedia.org/wiki/Palästinensisches_Flüchtlingsproblem

hätte vertrieben werden können: „*Es gab so etwas wie Palästinenser nicht. Es war nicht so, dass es ein palästinensisches Volk gab, und wir gekommen sind, wir gekommen wären, sie rauswarfen und ihnen ihr Land weggenommen haben. Sie existierten nicht.*“[34] „*Es gebe keine Palästinenser, erklärte* (der faschistische israelische Finanzminister) *Smotrich in Paris, daher auch kein palästinensisches Volk. ... Die Palästinenser hätten keine Geschichte, keine eigene Sprache und Kultur.*“[35] Wenn kein palästinensisches Volk existiert, kann es auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht in Anspruch nehmen. Dieses wurde am 16.12.1966 im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte festgeschrieben und trat am 23.03.1976 völkerrechtlich in Kraft. Ein Selbstbestimmungsrecht in Palästina können also angeblich nur Juden in Anspruch nehmen, die auf der ganzen Welt in vielen verschiedenen Nationen aufgegangen waren und die ohne gemeinsames Territorium und gemeinsame Sprache trotzdem als jüdisches Volk gelten. Die in Israel verbliebenen Palästinenser werden bis heute nach ihrer sprachlichen Zugehörigkeit Araber genannt, um ihnen das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes abzusprechen. Warum eigentlich nicht Semiten? - Klar, weil dann keine Diskriminierung, keine Segregation möglich wäre.
Aus den offiziellen Zahlen geht eindeutig hervor, dass die Zahl der Palästinenser 1949 im Jahr nach der Gründung Israels gegenüber der Zeit vor der Gründung Israels um etwa eine Million Menschen geringer war.

**Tabelle 1**[36]

| | Bevölkerung brit. Mandatsgebiet/ Israel in Mio. | Juden in Mio. | Pal. in Mio. | Pal. in % | Westj + OJ + Gaza | Palästin. in Mio. insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **1946** | 1,94 | 0,60 | 1,31 | 67,6 | | |
| **1948** | 1,75 | 0,65 | 1,10 | 62,8 | | |
| **1949** | 1,06 | 0,90 | 0,16 | 15,1 | | |
| **1955** | 1,77 | 1,59 | 0,18 | 10,2 | | |
| **1967** | 2,70 | 2,38 | 0,324 | 11,98 | 0,61+68.600+0,35 | 1,35 |
| **1993** | 5,15 | 4,34 | 0,81 | 15,7 | 1,00+181.800+0,89 | 2,88 |
| **2000** | 5,94 | 4,96 | 0,978 | 16,5 | 1,89+208.700+1,13 | 5,33 |
| **2020** | 8,47 | 6,87 | 1,6 | 18,9 | 2,83+367.000+1,97 | 6,77 |

Das Ziel der zionistischen Bewegung unter Führung von Ben Gurion, Israel von Palästinensern mit Hilfe von Terror und Massakern zu säubern, wurde 1948 erreicht. Im Juni 1950 zählte auch das UN-Hilfswerk 960.021 registrierte Flüchtlinge in den Lagern außerhalb Israels.[37]
Im Dezember 2003 stellte Netanjahu fest: „*Wenn die Araber in Israel 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen, ist das das Ende des jüdischen Staates. Aber 20 Prozent sind ebenfalls ein Problem. Wenn die Beziehung zu diesen 20 Prozent problematisch wird, hat der Staat das Recht, extreme Maßnahmen zu ergreifen*“.[38] Israel strebt mit Macht an, das Westjordanland faktisch zu annektieren (siehe weiter unten). Ost-Jerusalem hat es schon annektiert, die Golan-Höhen auch. Wenn auch das Westjordanland Teil Israels sein soll (und das soll es) und der Gaza-Streifen, stiege die Zahl der Palästinenser in Israel auf rund 6,8 Millionen Menschen. 50 Prozent der Bevölkerung wären damit Palästinenser. Laut Netanjahu bedeutet das das Ende des jüdischen Staates. Die zwei Millionen „Araber“ im Gaza-Streifen stellen für ihn eine zusätzliche Bedrohung für den jüdischen Charakter Israels dar. Israel dürfe sich nicht „arabisieren“. Es müsse „entarabisiert“ werden. Aber wie?

34 Sunday Times 15.6.1969, nach Asseburg, 2022, 334f.
35 www.juedische-allgemeine.de/allgemein/gibt-es-ein-palastinensisches-volk/ vom 23.3.2023
36 Asseburg 2023, 125; 1948 vor der Unabhängigkeitserklärung am 15.Mai; 1948, 1949 und 1955: Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, Bonn 1977, 137, 145; ab 1967 ohne Ostjerusalem und besetzte Gebiete; Gazastreifen: 1965 und 1995 statt 1967 und 1993 - https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417982/umfrage/gesamtbevoelkerung-im-gazastreifen/
37 Hollstein 1977, 145
38 Pappe 2010, 324

Die Zahl der Palästinenser in Israel und den besetzten bzw. annektierten Gebieten entspricht schon seit 2000 etwa der Zahl der Juden, vor allem auf Grund der Bevölkerungsentwicklung im Gaza-Streifen. Deshalb der Wunsch von Netanjahu und Smotrich, die „Araber" sollten aus dem Gaza-Streifen verschwinden und z. B. nach Ägypten ziehen. *„Ich sage den Bewohnern des Gazastreifens: Verschwindet jetzt von dort,"* so Netanjahu 2023. Aber wohin? Ministerpräsident Ariel Scharon hatte schon im August 2005 erklärt: *„Wir können nicht für immer an Gaza festhalten. Mehr als eine Million Palästinenser leben dort und verdoppeln ihre Anzahl mit jeder Generation."*[39] Richtig. 2023 sind es 2,3 Millionen.
Der Terror des überraschenden (?)[40] Überfalls der Hamas gibt der zionistischen israelischen Regierung die einmalige Möglichkeit, den gesamten Gaza-Streifen im Namen der „Selbstverteidigung" in eine unbewohnbare Trümmerwüste zu verwandeln und so vielleicht die Vertreibung der Bewohner aus israelischem Herrschaftsgebiet zu erzwingen.

## Rückkehr verboten!

Der israelisch-arabische Krieg endete mit Waffenstillständen im Zeitraum Februar bis Juli 1949. Ein Friedensabkommen gab es nicht. Wäre dieser Krieg die entscheidende Ursache der Massenflucht gewesen, hätten die Geflohenen nach seinem Ende in 1949 wieder zurückkehren können. Der israelische Staat lehnte jedoch die Rückkehr ab und besiegelte damit die „Flucht" als bewusste Vertreibung und Abschiebung.
Das israelische Parlament, die Knesset, lehnte schon im Juni 1948 die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge kategorisch ab. 1952 nahm die Knesset ein Staatsbürgerschaftsgesetz an, das geflohenen Palästinensern die Rückkehr untersagte und sie von der israelischen Staatsbürgerschaft ausschloss. Ziel war die Entarabisierung und damit die Judaisierung des neuen jüdischen Staates. Die gewaltsame Vertreibung bzw. ethnische Säuberung ermöglichte im Zusammenhang mit den Enteignungen die Vergrößerung des jüdischen Staatsvolks. Die israelische Regierung beschloss im August 1948, alle zwangsgeräumten Dörfer zu zerstören. Sie sollten in neue jüdische Siedlungen oder Naturparks verwandelt werden. Das raubte den Vertriebenen die Heimat. Wohin sollten die Flüchtlinge zurückkehren, wenn ihre Lebensgrundlage vernichtet war?[41] Jitzchak Rabin (später Generalstabschef, Ministerpräsident und 1994 Friedensnobelpreisträger) - als einer der Architekten des Osloer „Friedensprozesses" - beschrieb die damals den Truppen beigebrachte Strategie: *„Indem wir keinen Stein auf dem anderen lassen und alle Einwohner verjagen, wird es kein Dorf mehr geben, in das die Araber zurückkehren können."*[42] Viele Gesäuberte wurden staatenlos. Auf keinen Fall sollten sie Staatsbürger eines jüdischen Staates werden. 1954 wurde ein Gesetz zur Verhinderung von „Infiltration" beschlossen, das es erlaubte, Palästinenser zu erschießen, die sich irgendetwas von ihrem Grundstück oder Haus holen wollten.[43]
*„50 Prozent der Flüchtlinge leben in einem Umkreis von 40 km und viele von ihnen können ihre Häuser auf den gegenüberliegenden Hügeln sehen. … Die Flüchtlinge in Gaza stammen aus dem südlichen Distrikt Israels, der von Ashdod/Isdud bis Eilat/Um Raschrasch reicht. Der Distrikt hat in seiner Gesamtheit weniger Einwohner als ein einziges Flüchtlingslager in Gaza und eine Bevölkerungsdichte von 6 Personen pro km², während es im Gazastreifen* (im Jahre 2007) *6.000 pro km² sind".*[44] Heute sind es 6.400 Menschen pro km².

39 nach Wild 2013, 185

40 *„Die Sicherheitsbehörden in Israel haben offenbar schon mehr als ein Jahr vor dem Hamas-Massaker von den Plänen gewusst."* www.rnd.de/politik/israel-warum-wurde-das-blutbad-der-hamas-terroristen-nicht-verhindert-7L2E-VIIVVVHWPG44JF6EXGNUKU.html (1.12.2023); ebenso www.tagesschau.de/ausland/new-york-times-israel-100.html; trotzdem hat die israelische Regierung 32 von 34 Bataillonen der Armee, die an der Grenze zu Gaza stationiert waren, ins Westjordanland verlegt. Der Schutz der dortigen Siedler hatte Vorrang, so der Knesset-Abgeordnete Dr. Ofer Cassif. www.actvism.org/latest/israels-kriegsverbrechen-apartheid-cassif/ Min. 15:40

41 Pappe 2010, 249

42 vgl. www.spiegel.de/politik/geschlagen-vertrieben-verraten-a-adde38b8-0002-0001-0000-000014350350

43 Asseburg 2022, 33

44 Wild 2013, 221

Wenn der Norden von Gaza tatsächlich von der israelischen Regierung entvölkert wird, (siehe weiter unten) könnten es weit über 10.000 pro km² sein.
Obwohl die Häuser der Flüchtlinge größtenteils zerstört sind, würde eine Rückkehr in dasselbe Land und häufig sogar an denselben Ort stattfinden können, da 90 Prozent der verlassenen Dörfer noch vakant (d. h. unbebaut) sind.[45] Umso bitterer ist es wohl für die Vertriebenen, in einem nahezu faktischen Freiluftgefängnis namens Gaza inhaftiert zu sein.

## „Rückkehr" nur für Juden und Angehörige

Alle Juden weltweit dagegen bekamen mit dem Rückkehrgesetz vom 5. Juli 1950 das Recht auf Einwanderung nach Israel und die israelische Staatsbürgerschaft. „Rückkehr" von wo und wohin? Wohl doch Rückkehr nach Eretz Israel, aus dem die Juden 70 Jahre u. Z. von den Römern vertrieben worden sein sollen. Die Ausdrücke Eretz Israel und Eretz Israel HaSchlema beziehen sich auf das in der hebräischen Bibel als dem jüdischen Volk von Gott verheißene Land.[46]
Die zionistischen Siedler kehrten also angeblich - nach einem längeren Auslandsaufenthalt von etwa 2000 Jahren - einfach nach Hause zurück. Den ausländischen Siedlern aus West- und Osteuropa sollte Palästina gehören, nicht der in Palästina seit vielen Jahrhunderten lebenden einheimischen arabisch/palästinensischen Bevölkerung.
1970 wurde das Rückkehrgesetz auch auf Kinder und Enkel eines Juden, den Ehepartner eines Kindes eines Juden sowie den Ehepartner eines Enkels eines Juden ausgedehnt. Auch Nicht-Juden dürfen also in das Gebiet des alten Israel zurückkehren, es sei denn, sie sind Araber/Palästinenser.
Am 31. Juli 2003 verabschiedete die Knesset ein Gesetz, dass Palästinenser, die Partner mit israelischer Staatsbürgerschaft geheiratet haben oder heiraten, weder israelische Staatsbürger werden können, noch sich in Israel aufhalten dürfen. Das führte dazu, dass Palästinenser, unabhängig von der Dauer ihrer Ehe, ins Westjordanland abgeschoben wurden.[47] Die ethnische Säuberung ist bis heute das Ziel aller jüdischen Regierungen. Könnte man das nicht „völkisch" oder „rassistisch" nennen?

## Vertreiben um zu enteignen

Eigentliches Ziel der Vertreibung und des Rückkehrverbots war die entschädigungslose Enteignung der Vertriebenen. Im März 1950 verabschiedete das israelische Parlament das „Gesetz über das Eigentum von Abwesenden" (Absentees Property Law 5710-1950). Dieses Gesetz trat an die Stelle der Notverordnung 5709-1948 über das Vermögen der Abwesenden von Dezember 1948.
Es ist eine der wichtigsten Grundlagen des israelischen Rechtsstaates und seiner parlamentarischen Demokratie.
Personen, die zwischen dem 29. November 1947 und 19. Mai 1948 ihren Wohnort im Mandatsgebiet verlassen haben, weil sie geflohen oder vertrieben worden sind, sind in den Augen Israels weder geflohen noch vertrieben, sondern einfach nur „abwesend". Das gesamte Eigentum, das die „Abwesenden" zurückgelassen hatten, wurde beschlagnahmt und ging in Form des „Verwalters für das Eigentum Abwesender" in den Besitz des Staates Israel über. Zum enteigneten Eigentum gehörten private Unternehmen, Banken, Apotheken, Hotels, Restaurants, Land, Grundstücke, Gebäude, Barvermögen, Wertgegenstände usw. Vor allem Bauern und das palästinensische Bürgertum wurden ihres Besitzes beraubt. Ihr Eigentum wurde entarabisiert.
Als Abwesende galten auch Personen, die innerhalb des neuen jüdischen Staates während der Nakba ihren alten Wohnort verlassen hatten. Sie galten als „anwesende Abwesende" (present absentees), selbst wenn sie israelische Staatsbürger waren. Das betraf ein Drittel der in Israel verbliebenen Palästinenser, also mehrere zehntausend Personen. Auch sie wurden enteignet und verloren u. a. 4.000 qkm Land.[48]

45 vgl. Wild 2013, 220
46 https://de.wikipedia.org/wiki/Grossisrael → vgl. Abschnitt „Biblische Verheißung" unten
47 Pappe 2010, 322
48 Pappe 2010, 334

*„Das Eigentum Abwesender spielte eine enorme Rolle dabei, Israel zu einem lebensfähigen Staat zu machen. Im Jahr 1954 lebte mehr als ein Drittel der jüdischen Bevölkerung Israels auf abwesendem Eigentum und fast ein Drittel der neuen Einwanderer (250.000 Menschen) ließen sich in städtischen Gebieten nieder, die von Arabern verlassen wurden. Von 370 neuen jüdischen Siedlungen, die zwischen 1948 und 1953 gegründet wurden, befanden sich 350 auf dem Eigentum ‚Abwesender' (Peretz, Israel und die palästinensischen Araber, 1958).*"[49] Darunter waren auch zahlreiche sich als sozialistisch verstehende Kibbuzim.
„*Wie viel von Israels Territorium aus Land besteht, das mit dem Gesetz über das Eigentum von Abwesenden beschlagnahmt wurde, ist ungewiss und viel umstritten. Robert Fisk interviewte den israelischen Verwalter von Abwesenheitseigentum, der schätzt, dass dies bis zu 70% des Territoriums des Staates Israel ausmachen könnte.*"[50] Jedenfalls gehörten vor der Staatsgründung im Jahr 1948 80 Prozent des Territoriums, das israelisches Staatsgebiet wurde, Palästinensern (vgl. Karte 1).Nur circa 7 Prozent waren in jüdischem Besitz. Heute besitzen palästinensische Staatsbürger innerhalb der international anerkannten Grenzen Israels weniger als 4 Prozent des Landes, während der israelische Staat über ungefähr 93 Prozent des Landes verfügt[51], die von der israelischen Landbehörde verwaltet werden. Der Rest des Landes gehört dem Jüdischen Nationalfonds, der Land nur an Juden verpachten oder verkaufen darf.
Da die Mehrheit der palästinensischen Bauern vertrieben war, waren weite Landstriche unbestellt. Sie wurden weitgehend von neu eingewanderten Juden übernommen. 1948 bis 1951 wanderten 704.000 Juden in Israel ein, also weitaus mehr als die 600.000 Juden, die von 1952 bis 1969 eingewandert sind. Die jüdische Einwanderung und die Vertreibung und Enteignung der palästinensischen Bauern „*waren die entscheidenden Voraussetzungen für die Konsolidierung Israels*".[52] So auch der langjährige Vorsitzende des Jüdischen Nationalfonds, Joseph Weitz, der feststellte: „*Der Transfer der arabischen Bevölkerung aus dem Gebiet des jüdischen Staates dient nicht nur einem Ziel – der Verringerung der arabischen Bevölkerung. Er dient auch einem zweiten, nicht weniger wichtigen Ziel, nämlich das Land zu evakuieren, das gegenwärtig von Arabern besessen und kultiviert wird und es so für jüdische Einwohner freizumachen*".[53] Wie schön klingt doch das Wort „Transfer" (Überführung)! Ist es nicht Kosmetik für die tatsächliche Vertreibung mit brutaler Gewalt? Auch „freimachen" klingt viel besser als „enteignen". Kosmetisch wirkt auch: „*Außerdem gelangte das von arabischen Flüchtlingen hinterlassene Eigentum in die Kontrolle der neuen israelischen Regierung*".[54] Es wurde nicht etwa geraubt, es gelangte irgendwie in die Hände der neuen israelischen Regierung. Flüchtlinge hatten demnach ihr Eigentum „hinterlassen". So wie Eigentum, das Tote hinterlassen, die keine Erben haben, fällt es dann eben dem Staat zu. Solch eine Umschreibung wirkt natürlich längst nicht so empörend wie eine faktenbezogene Darstellung von Vertreibung und Enteignung Hunderttausender Menschen.
Die *Abandoned Areas Ordinance*, 5708-1948[55] definierte als „*verlassenes Gebiet jedes Gebiet, das erobert durch oder übergeben an bewaffnete Kräfte oder ganz oder teilweise von seinen Bewohnern verlassen ist und das per Anordnung als verlassenes Gebiet deklariert wurde*". Die Verordnung sah auch vor, „*die Enteignung und Beschlagnahme von beweglichem und unbeweglichem Vermögen innerhalb eines verlassenen Gebiets*" zu regeln. Die Regierung wurde ermächtigt, zu bestimmen, was mit diesem Eigentum geschehen würde.[56] Und sie bestimmte, dass es den eingewanderten jüdischen Siedlern zu gehören habe.
1953 wurde das «Gesetz über den Erwerb von Land» verabschiedet. Es ermächtigte das Finanzministerium rückwirkend, Land von Palästinensern, das von Juden illegitim in Besitz genommen - sprich geraubt - worden und am 1. April 1952 nicht im Besitz seiner Eigentümer war, für «Entwicklungs-, Siedlungs- oder Sicher-

49 https://de.abcdef.wiki/wiki/Israeli_land_and_property_laws#The_Absentees_Property_Law,_5710-_1950
50 The Times 24.12.1980, vgl. Fußnote 7
51 Gadi Algazi 19.12.2018, Wem gehört das Land? www.rosalux.org.il/artikel/ungleichheit-israel/
52 Hollstein 1977, 138
53 Wild 2013, 21
54 https://de.abcdef.wiki/wiki/Israeli_land_and_property_laws
55 archiviert am 28. Oktober 2009, veröffentlicht am 30. Juni 1948
56 https://en.abcdef.wiki/wiki/Israeli_land_and_property_laws; eigene Übersetzung

heitszwecke» zu enteignen. Die Enteignungszwecke waren derart weit gefasst, dass es kaum möglich war, Enteignungen vor Gericht anzufechten. Dem Gesetz zufolge mussten die Eigentümer über die Konfiszierung ihres Lands noch nicht einmal informiert werden.

## Landraub in großem Stil

1945 waren von den 26,4 Millionen Dunam (26.400 km²; 1000 Dunam = 1 km²) Land im Mandatsgebiet Palästina 12,8 Millionen entweder im Besitz oder in unbefristeter Pacht von Arabern, 1,5 Millionen von Juden, 1,5 Millionen waren öffentliches Land und 10,6 Millionen bildeten den verlassenen Bezirk Beerscheba (Negev). Von den 9,2 Millionen Dunam Ackerland gehörten 7,8 Millionen Dunam Arabern, 1,2 Millionen Juden und 0,2 Millionen waren öffentliches Land. Bis 1949 waren rund 700.000 palästinensische Araber aus ihrem Land und ihren Dörfern geflohen oder vertrieben worden. Israel kontrollierte nun etwa 20,5 Millionen Dunam (ca. 20.500 km²) oder 78 % des Landes im ehemaligen Mandatsgebiet Palästina: 8 % (ca. 1.650 km²) wurden von Juden privat kontrolliert, 6 % (ca. 1.300 km²) von Arabern. Die restlichen 8 % waren öffentliches Land. Landgesetze wurden verabschiedet, um Änderungen des Landbesitzes zu legalisieren. Im Jahr 2007 verwaltet die 1960 gegründete Israel Land Administration (ILA) 93 % des 19.508 km² großen israelischen Landes. Die restlichen 7 % des Landes befinden sich entweder in Privatbesitz oder stehen unter dem Schutz religiöser Autoritäten.[57] Die ILA verwaltet auch 13 Prozent des israelischen Landes, die dem Jüdischen Nationalfonds gehören. Landnutzung in Israel bedeutet in der Regel die Pacht von der ILA für einen Zeitraum von 49 oder 98 Jahren. Nach israelischem Recht darf die ILA kein Land an Ausländer verpachten, es sei denn sie sind Juden.

Das gewaltsam in jüdisches Eigentum verwandelte palästinensische Eigentum durfte nicht wieder an Palästinenser verkauft oder verpachtet werden, nur an Juden. Das Gesetz wird bis heute angewandt.[58]

## Entschädigungslose Enteignung

Erst 1973 wurde ein Eigentums-Kompensationsgesetz für Abwesende verabschiedet (The *Absentees' Property (Compensation) Law, 5733-197).* Danach waren nur Personen, die am 1. Juli 1973 oder später in Israel wohnten, berechtigt, Entschädigung für ihr wegen „Abwesenheit" enteignetes Eigentum zu bekommen, sei es in Form von Land oder Geld. Das Gesetz schloss also alle geflohenen und vertriebenen Palästinenser außerhalb der Grenzen Israels aus. Sie wurden entschädigungslos enteignet. „*Die Annahme ist, dass Besitz in Dörfern und Städten, der 1948 zerstört oder verlassen wurde, sich auf 238.950 Dunams* (238,95 km²) *beläuft, die arabischen israelischen Staatsbürgern gehörten. Am Ende wurde 2005 für 206.653 Dunams* (206 km²) *Kompensation bezahlt und 16.150 Kläger erhielten eine Kompensation in Geld oder ersatzweise in Land im Umfang von 71.703 Dunams* (71 km²)".[59]

Nach dem Krieg von 1967 wurde das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden auch auf die neu besetzten Gebiete ausgeweitet. So konnte Israel etwa palästinensische Einwohner Ost-Jerusalems, die während des Kriegs geflüchtet und am Tag der Annektierung Ost-Jerusalems nicht in der Stadt waren, ebenfalls zu „Abwesenden" im Sinne des Gesetzes erklären und somit ihren Besitz konfiszieren.[60] Mit der Resolution 194 forderte die UN-Generalversammlung Ende 1948 von Israel, nicht nur die Rückkehr der Vertriebenen zuzulassen, sondern ihnen auch Entschädigung für den Verlust ihres Eigentum zu zahlen.[61] Israel ignorierte das. Oft wird von israelischer Seite erklärt, die Vertreibung der Palästinenser aus Israel müsse gegengerechnet werden mit der Vertreibung von Juden aus arabischen Ländern zwischen 1951 und 1972. Von 850.000 Juden, die in dieser Zeit ihre arabischen Heimatländer verließen, wanderten 600.000 nach Israel aus. Es wird

57 https://de.abcdef.wiki/wiki/Israeli_land_and_property_laws

58 www.middleeasteye.net/news/israel-palestinian-absentees-property-law-eviction-homes-explained

59 Fußnote 6 in www.cambridge.org/core/journals/israel-law-review/article/abs/expropriations-of-private-land-of-arab-citizens-in-israel-an-empirical-analysis-of-the-regular-course-of-business/EF0BF37C8FC-BE96D8ABF3ECA69939741

60 Vgl. Fußnote 9

61 vgl. https://mailchi.mp/9607666896ff/bip-aktuell-284-ethnische-suberung-keine-umsiedlung?e=903507099a

behauptet, dass es somit eine „jüdische Nakba“ gebe, vergleichbar mit der palästinensischen. Auch offiziellen israelischen Positionen nahestehende Wissenschaftler behaupten, Israel sei, was die Nakba betreffe, eben durch jene „jüdische Nakba“ mit den Palästinensern „quitt“. Dem hält der langjährige Nahost-Experte Dr. Michael Lüders, Politik- und Islamwissenschaftler, in seinem Podcast vom 6.12.2023 den Nachweis des israelischen Historiker Avi Shlaim entgegen, *„dass es zu Beginn der 1950er Jahre mehrere Terroranschläge gab in Bagdad, die verübt worden sind von zionistischen Agenten mit dem Ziel, die jüdische Bevölkerung im Irak zur Flucht nach Israel zu veranlassen.“*[62] Lüders erläutert weiter: *„Es gab also ein sehr lebendiges jüdisches Leben in Bagdad, das aber durch diese Terroranschläge beendet wurde und die Juden Bagdads haben dann den Irak verlassen. Und auch in anderen arabischen Ländern gab es sehr starke propagandistische Bemühungen, die jüdischen Bewohner Nordafrikas beispielsweise in Richtung Israel zur Auswanderung zu bewegen.*“ In einem Interview von The Big Picture Podcast Middle East Eye[63] werden Lüders’ Erläuterungen bestätigt. Avi Shlaim weist darin ausdrücklich darauf hin, dass die irakische Regierung den verängstigten Juden die Ausreise freigestellt habe.

Wahrscheinlich gab es im Zuge dieser Ereignisse in einigen arabischen Ländern auch Enteignungen, Gewaltakte, Drohung und Verbreitung von Angst und Terror. Aber es gab eben keinen arabischen *Plan Dalet*, mit Terror und Gewalt Juden aus ihrer Heimat zu vertreiben und zu Flüchtlingen zu machen, keine planmäßige Vertreibung mit dem Ziel der völligen Enteignung ihres Besitzes, schon gar keine Verbote der Rückkehr. Israel hatte – wie Avi Shlaim ja auch unterstreicht - allerdings ein essentielles Interesse daran, dass die angeblich Vertriebenen einwanderten, um sich auf oder in enteignetem palästinensischen Besitz niederzulassen.

## Israel – das gelobte Land, das nur Juden gehört

Die unter Einschluss von faschistischen Ministern „rechtsradikale“ israelische Regierung Netanjahus erklärte im Dezember 2022 zur ersten Leitlinie der Regierung *„ein exklusives und unveräußerliches Recht des jüdischen Volkes auf das ganze Land.“*[64] Das hatte schon Ben Gurion verkündet, der erste Ministerpräsident Israels. Was aber ist das ganze Land? Wo verlaufen die Grenzen?

*„Bei der UN-Generalversammlung am 22. September 2023 trat Ministerpräsident Benjamin Netanyahu mit einer Karte ans Rednerpult, … auf der ... Israel das gesamte Gebiet von Palästina* (umfasste)*, ohne dass das palästinensische Westjordanland, Gaza oder Ost-Jerusalem, die vorgesehene Hauptstadt eines Staates Palästina, zu sehen waren. Die palästinensischen Gebiete, die einen palästinensischen Staat bilden sollten, waren ausradiert.“*[65] Das Ziel der israelischen Regierung, was auch immer sie verlauten lässt, ist also nicht nur die vollständige Annexion des Westjordanlandes, sondern auch die des Gazastreifens. Smotrich, der faschistische Finanzminister, *„der Mann, von dem Netanjahu abhängt“,*[66] tritt sogar für ein *„Groß-Israel mit Grenzen aus biblischer Überlieferung*“ ein,[67] ein Israel also, das Teile Jordaniens und des Libanon umfasst. Smotrich strebt offen die Annexion der Westbank an, in der er illegal siedelt. Wohin aber mit den Palästinensern, von denen das Land gesäubert werden muss, um den jüdischen Charakter Israels zu erhalten? Sie sind wenig mehr als eine Verschiebemasse, die vielleicht auf dem Sinai angesiedelt werden kann, aber auf jeden Fall aus Israel oder den besetzten Gebieten herausgedrängt werden muss. Smotrich erklärte ferner: *„Die freiwillige Abwanderung und die Aufnahme von arabischen Gaza-Bewohnern durch die Länder der Welt ist eine humanitäre Lösung, die dem Leiden von Juden und Arabern gleichzeitig ein Ende setzen wird.“*[68] Ariel Kallner, Mitglied des israelischen Parlaments (Likud) und Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses

62 www.youtube.com/watch?v=P0Y56EeP_Bw, Min. Transkript 0:05:10 ff.; vgl. auch https://en.wikipedia.org/wiki/1950%E2%80%931951_Baghdad_bombings

63 vgl. dazu „The forgotten history of Arab Jews“ - Interview mit Avi Shlaim, 54:03 Min, www.youtube.com/watch?v=lfDhaWlqXf8 10:31 – 20:33;

64 Asseburg 2023, 123

65 Karin Leukefeld, Israel und die Vereinten Nationen, 4.11.2023, www.nachdenkseiten.de/?p=106177 → vgl. Abschnitt „Biblische Verheißung“

66 www.sueddeutsche.de/meinung/israel-netanjahu-palaestinenser-gaza-kommentar-1.6304168?reduced=true

67 Moritz Rinke, Die Schlacht ums Mitgefühl, FAZ 18.11.2023

für die Beziehungen zwischen Israel und der EU, wird deutlicher: „*Nakba gegen den Feind jetzt! Dieser Tag ist unser Pearl Harbor. Momentan ein Ziel: Nakba! Nakba größer als die 48er Nakba. Nakba in Gaza und Nakba gegen jeden, der mitmacht! Ihre Nakba wie damals 48, die Alternative ist klar*“.[69]
Würde Gaza ethnisch gesäubert, müssten rund zwei Millionen Menschen vertrieben werden. Wäre das die Säuberung, die „größer als die 48er Nakba“ ist? Der derzeitige israelische Diskurs geht in diese Richtung. „*Die Vorstellung, dass die Armee den Gazastreifen so flächendeckend zerstört und von seinen als feindlich empfundenen Bewohnern entleert, dass das Gebiet danach als ‚Parkplatz‘ genutzt werden kann, ist im israelischen Diskurs zu einer feststehenden Wendung geworden*“.[70]

## Entarabisierung – Programm des Zionismus

Schon Theodor Herzl, Vordenker und einer der Gründerfiguren des modernen Zionismus, schrieb 1895 in sein Tagebuch über die Lösung des „Bevölkerungsproblems“ im angestrebten Judenstaat: „*Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verwehren*“.[71] Herzl hatte Palästina noch nicht als Judenstaat ausersehen. Damals spielten Uganda, Argentinien oder Südafrika als Ort eines Judenstaats eine Rolle. Für Herzl war klar: „*Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen*“.[72] Er nannte den von ihm befürworteten Judenstaat in einem Brief an Cecil Rhodes, den Gründer der afrikanischen Siedlerkolonie Rhodesien, ein „*koloniales Projekt*“.[73] Dieser Vorposten der europäischen Kultur gegen die Barbarei ist heute Israel.
Chaim Weizmann (1874-1952) war von 1921 bis 1946 (mit Unterbrechung von 1931-1935) Vorsitzender der Zionistischen Weltorganisation. 1949 wurde er der erste Staatspräsident Israels. Er sah einen „*fundamentalen Unterschied zwischen Juden und Eingeborenen*“. Eingeborene, d. h. Araber bzw. Palästinenser galten als minderwertig. Palästina sollte so jüdisch werden, wie England englisch ist. Palästina musste entarabisiert und judaisiert werden: „*Das Ziel der zionistischen Bewegung war die Übernahme des gesamten Mandats-Palästinas und die Ersetzung der einheimischen Bevölkerung durch eine europäische Siedlerbewegung*“.[74]
Der derzeitige Verteidigungsminister Yoav Gallant kämpft im Gazastreifen, wie er sagt, gegen Tiere, die offensichtlich eine Kollektivschuld haben, seien sie Kinder, Frauen, Männer oder Alte: „*Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Gas, alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend. Der Gazastreifen wird nicht mehr so sein wie vorher. Wir werden alles liquidieren.*“[75] Der israelische Premierminister Netanjahu erklärte: „*Ich sage den Bewohnern des Gazastreifens: Verschwindet jetzt von dort, denn wir werden überall und mit aller Kraft handeln […] Gaza ist die Stadt des Bösen, wir werden alle Orte, an denen sich die Hamas aufhält und versteckt, in Trümmer verwandeln*.“[76]
Schon im Gaza-Krieg 2014 äußerte sich blinder Hass. Der stellvertretende Sprecher der Knesset, der Likud-Abgeordnete Moshe Feiglin, schlug zu Beginn der Bodenoffensive vor, die „*feindliche Bevölkerung*“ solle eine einzige Warnung bekommen zu fliehen, und zwar in den Sinai. „*Mehr humanitäre Bemühungen von Seiten Israels braucht es nicht.*“ Anschließend empfahl er Flächenbombardements ohne Rücksicht auf „*menschliche Schutzschilde*“ und die vollständige Blockade des Gaza-Streifens. Feiglin nahm die israelischen Maßnahmen im jetzigen Gaza-Krieg vorweg.

68 www.n-tv.de/ticker/Finanzminister-Israels-fuer-freiwillige-Abwanderung-von-Gaza-Bewohnern-article24530603.html
69 www.merkur.de/politik/netanjahu-krieg-in-israel-gaza-gazastreifen-hamas-minister-avid-richter-benjamin-zr-92671310.html
70 Christian Meier, FAZ 4.12. 2023
71 Pappe 2010, 323
72 Wild 2013, 14
73 ebda., 13
74 Wild 2013, 15
75 https://bip-jetzt.de/2023/10/21/bip-aktuell-277-eine-sprache-die-man-noch-nie-gehoert-hat/
76 vgl. ebda.

Ayelet Shaked, ehemalige Büroleiterin Netanjahus und Justizministerin von Mai 2015 bis Juni 2019, empfahl 2014 auf Facebook für Gaza die Tötung palästinensischer Mütter, die *„kleine Schlangen"* gebären würden. Das palästinensische Volk bestehe aus *„feindlichen Kämpfern, und ihr Blut solle über sie kommen. Das schließt die Mütter der Märtyrer mit ein, die sie mit Blumen und Küssen zur Hölle fahren lassen. Sie sollen ihren Söhnen folgen, nichts wäre gerechter. Sie sollten verschwinden, wie auch die Häuser, in denen sie die Schlangen großgezogen haben. Ansonsten werden dort noch mehr kleine Schlangen aufwachsen."*[77] Der Nahost-Experte Michael Lüders sieht das nicht als „Einzelmeinung": *„Der Rassismus in Israel zeigt sich spätestens seit dem Gaza-Krieg 2014 vollkommen enthemmt."* [78]

## UNO: Zwei Staaten – die Lösung?

*„US-Präsident Joe Biden betont es bei jeder Gelegenheit: Es müsse eine Vision geben, was nach dem Krieg im Gazastreifen kommt. Dies müsse „eine Zwei-Staaten-Lösung sein". Gemeint ist ein unabhängiger palästinensischer Staat, der friedlich Seite an Seite mit Israel existiert."*[79] So merkwürdig es auch klingt: Hätte es den terroristischen Angriff der Hamas mit mehr als 1.200 Todesopfern auf israelischer Seite nicht gegeben, wäre die „Zwei-Staaten-Lösung" nicht wieder auf die Agenda gekommen. Schon seit vielen Jahren spielt sie keine Rolle mehr. Sie ist in der Tat eine Vision, eine laut Duden *„Erscheinung vor dem geistigen Auge"*, denn die israelische Regierung unter Netanjahu proklamiert offen die Annexion der besetzten Gebiete.[80]

Die „Zwei-Staaten-Lösung" begleitete als Teilungsplan der UNO die Gründung Israels von Anfang an. Im Artikel 1 der UNO-Charta, die am 24.10.1945 in Kraft trat, heißt es zwar: *„Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele: … 2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen."*[81] Die UNO missachtete jedoch bei ihrem Teilungsplan die vorwiegend palästinensische ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes völlig. Gemäß der ethnischen Zusammensetzung des Landes und des proklamierten Selbstbestimmungsrechts der Völker hätte es ein arabisch/palästinensischer Staat sein müssen, ein demokratischer Staat gemeinsam für Araber und Juden, über den ein Referendum der Bevölkerung hätte entscheiden müssen. Die UNO setzte sich über das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes hinweg, das sie auf dem Papier anerkannte. Das palästinensische Volk, die Mehrheit der Bevölkerung Palästinas, wurde nicht gefragt.

Am 29. November 1947 stimmte die UN-Generalversammlung mit 33 gegen 13 Stimmen bei zehn Enthaltungen der Resolution 181 zu, die für die Gründung von zwei Staaten auf dem Boden Palästinas eintrat, einem jüdischen und einem palästinensischen.[82]

## Palästinenser: Teilungsplan abgelehnt - Warum?

a) Juden besaßen 1947 5,8 Prozent der Fläche des Mandatsgebiets. Die UNO sprach ihnen jedoch 56 Prozent der Fläche zu. Hätte die UNO den Juden ein Territorium in der Größe des Landes zugesprochen, das von ihnen besiedelt war, hätten sie nur Anspruch auf etwa zehn Prozent des Landes gehabt. Die zionistischen Pläne hatten sogar 78 Prozent der Fläche des Mandatsgebiets für den jüdischen Staat beansprucht.
b) Die Palästinenser stellten zwei Drittel der Bevölkerung und besaßen 93 Prozent des Ackerlandes. Die UNO gestand ihnen jedoch nur 42 Prozent der Fläche zu. Mehr noch: *„Die Teilungsresolution ordnete den größten Teil des fruchtbaren Landes dem vorgeschlagenen jüdischen Staatsgebiet zu sowie fast alle Städte und ländlichen Gebiete, in denen Juden lebten. Aber sie bezog auch 400 (von über 1.000) palästinensis-*

77 Michael Lüders, Wer den Wind sät, Was westliche Politik im Orient anrichtet, München 2021, 161
78 Vgl. Fußnote 41 = Pappe 2010, Seite 162
79 www.tagesschau.de/ausland/asien/zwei-staaten-loesung-biden-100.html. 24.11.2023
80 www.tagesschau.de/ausland/netanyahu-jordantal-103.html. 11.09.2019
81 https://unric.org/de/charta/#kapitel1
82 dazu ausführlich Walter Hollstein, Kein Friede um Israel, Bonn 1977, 121-134

*che Dörfer in den designierten jüdischen Staat ein. … Auf 42 Prozent der Fläche sollten 818.000 Palästinenser einen Staat bekommen, in dem 10.000 Juden lebten; der jüdische Staat sollte dagegen fast 56 Prozent der Fläche erhalten, die 499.000 Juden sich mit 438.000 Palästinensern teilen würden"*.[83] Der Negev, ein Wüstengebiet (aber mit fruchtbaren Lössböden!) und einer beträchtlichen Landbevölkerung, machte den Großteil (> 60 %!) des neuen jüdischen Staates aus, obwohl Juden dort nur ein Prozent seiner Bevölkerung stellten.

c) Fast alle Städte wurden dem jüdischen Staat zugeschlagen, obwohl ihre Bewohner je zur Hälfte aus Juden und Araber bestanden. **Jerusalem**, dessen 200.000 Einwohner etwa je zur Hälfte aus Juden und Palästinensern bestanden, sollte außerhalb der beiden neuen Staaten unter internationale Verwaltung gestellt werden.

Mehr als die Hälfte des Landes wurde also einer zionistischen Bewegung zugesprochen, die eindeutig schon in den 1930er Jahren erklärt hatte, Palästina entarabisieren zu wollen. Die palästinensische Seite wurde bei den Verhandlungen der UNO nicht hinzugezogen. Sie lehnte diesen Teilungsplan ab, der ihre Interessen so offen missachtete. Menachem Begin freute sich darüber: „*Meine größte Sorge bestand damals darin, dass die Araber den Uno-Plan annehmen könnten. Dann hätten wir die schwerste Tragödie erlebt, einen jüdischen Staat, der zu klein war, die Juden der Welt aufzunehmen.*"[84] Die jüdische Seite unter Ben Gurion stimmte dem Teilungsplan aber nur zu, soweit er die Errichtung eines jüdischen Staates legalisierte. Sie dachte jedoch nicht daran, die Größe ihres Staates auf die des Teilungsplans zu beschränken. Der jüdische Staat musste mit Gewalt vergrößert werden. „*Angesichts der palästinensischen und arabischen Ablehnung würden seine Grenzen ‚durch Gewalt entschieden, nicht durch die Teilungsresolution'*", erklärte Ben Gurion laut Pappe.[85] Und weiter, dass es angesichts der arabischen Weigerung, mit den Vereinten Nationen zu kooperieren, „*keine Territorialgrenzen für den zukünftigen jüdischen Staat gibt.*" (Ben Gurion, Tagebuch 7.10.1947, zit. nach Pappe)

## Biblische Verheißung als Ziel?

Der politische Zionismus beruft sich – trotz seines säkularen Charakters – auf die biblische Verheißung z. B. im 2. Buch Moses, Kapitel 23: „*27 Ich will meinen Schrecken vor dir her senden und alles Volk verzagt machen, dahin du kommst, und will dir alle deine Feinde in die Flucht geben. 28 Ich will Hornissen vor dir her senden, die vor dir her ausjagen die Heviter, Kanaaniter und Hethiter. 29 Ich will sie nicht auf ein Jahr ausstoßen vor dir, auf daß nicht das Land wüst werde und sich wilde Tiere wider dich mehren; 30 einzeln nacheinander will ich sie vor dir her ausstoßen, bis du wächsest und das Land besitzest. 31 Und will deine Grenze setzen von dem Schilfmeer* [wahrsch. Rotes Meer, vgl. Wikipedia] *bis an das Philistermeer* [Mittelmeer] *und von der Wüste*[Negev] *bis an den Strom*[Euphrat]*. Denn ich will dir in deine Hand geben die Einwohner des Landes, daß du sie sollst ausstoßen vor dir her. 32 Du sollst mit ihnen oder mit ihren Göttern keinen Bund machen; 33 sondern laß sie nicht wohnen in deinem Lande, daß sie dich nicht verführen wider mich. Denn wo du ihren Göttern dienst, wird dir's zum Fall geraten."*[86] Liest sich das nicht, wie das bisher großteils umgesetzte Programm des zionistischen Siedlungsprogramms? In einem Aufsatz über den Konflikt um das Wasser zitiert Vandana Shiva Israels früheren Ministerpräsidenten David Ben Gurion *„Es ist unerlässlich, dass die Wasserressourcen, von denen die Zukunft des Landes abhängt, nicht außerhalb der Grenzen der künftigen jüdischen Heimstätte liegen. Aus diesem Grund haben wir stets verlangt, dass das Land Israel das Südufer des Litani-Flusses* [Libanon]*, den Oberlauf des Jordan und die Hauran-Region ab der El-Aura-Quelle südlich*

83 Pappe 2010, 61

84 www.spiegel.de/politik/geschlagen-vertrieben-verraten-a-adde38b8-0002-0001-0000-000014350350 vom 10.10.1982

85 Pappe 2010, S. 63

86 www.bibel-online.net/buch/luther_1912/2_mose/23/

*von Damaskus* [Syrien/Jordanien] *umfasst.“*[87] Die biblische Darstellung des Davidischen Großreiches im Wikipedia-Eintrag zu Eretz Israel stimmt mit diesen Zitaten überein.
Das damals begründete **Existenzrecht des israelischen Staates** schließt also Ben Gurion zufolge zukünftige Eroberungen und Annexionen als Grundrecht ein. So geschah es schon im israelisch-arabischen Krieg 1948-49, der nach der Gründung Israels begann. „*Die israelische Armee konnte einige der Gebiete erobern, die laut Teilungsplan den Arabern oder Jerusalem zugefallen wären. Der Krieg dauerte 15 Monate und brachte eine 50-prozentige Erweiterung des israelischen Gebiets (einschließlich Westjerusalems)*“.[88] Statt 56 Prozent der Fläche Palästinas beherrschte der jüdische Staat 1949 nun 78 Prozent. Die palästinensische Seite wurde mit Gewalt auf 22 Prozent der Fläche als mögliches Territorium eines eigenen Staates reduziert. Obwohl Jerusalem laut UNO-Beschluss unter Verwaltung der Vereinten Nationen gestellt werden sollte, eroberten jüdische Truppen Westjerusalem. Nach den Bestimmungen des Völkerrechts darf kein Staat seine eigenen Grenzen einseitig festlegen, d.h. sein Territorium durch Krieg auf Kosten anderer Staaten ohne deren Zustimmung vergrößern. Annexionen sind Verstöße gegen das Völkerrecht.
Die Tinte unter dem Teilungsplan war kaum trocken, da begann schon die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser aus ihren Dörfern, die im jüdischen Staat lagen und die Vertreibung der Palästinenser aus den von ihnen bewohnten Städten, darunter auch aus Westjerusalem (vgl. oben). Die UNO hatte es der jüdischen Seite überlassen, wie mit den Palästinensern in den von ihr beherrschten Gebieten zu verfahren sei.

## Expansion durch Krieg

Auch die arabischen Nachbarstaaten und ihre Monarchen respektierten nach dem Ende des Palästinakrieges 1949 das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes nicht. Jordanien annektierte das für den palästinensischen Staat vorgesehene Westjordanland und Ost-Jerusalem; Ägypten besetzte den Gaza-Streifen. Israel konnte sich damit nicht abfinden. Es besetzte ab dem 5. Juni 1967 innerhalb von sechs Tagen das zu Jordanien gehörende Westjordanland und Ost-Jerusalem, den ägyptischen Gaza-Streifen (und den ägyptischen Sinai) sowie die syrischen Golanhöhen.[89] Israel nannte diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jordanien, Ägypten und Syrien einen Präventivkrieg, einen Krieg der Selbstverteidigung, weil es sich von diesen Staaten bedroht fühlte. Im Zuge dieser „Selbstverteidigung“ und im Nachgang zum „Sechstage-Krieg“ wurde Ost-Jerusalem mit dem Jerusalemgesetz von 1980 annektiert. Jerusalem wurde als „*vollständige und vereinte Hauptstadt Israels*“ Israel einverleibt. Die fruchtbaren und wasserreichen Golanhöhen wurden 1981 annektiert. Der ägyptische Gaza-Streifen wurden besetzt. Israel brachte mit dem Angriffskrieg von 1967 das gesamte Gebiet, das mit dem Teilungsplan der UNO auf zwei Staaten aufgeteilt worden war unter seine Kontrolle. Wir schließen: Völkerrechtswidrige Annexionen gelten Israel als „Selbstverteidigung“.

## Illegale Siedlungen: Schleichende Annexion und ethnische Säuberung

Mit seiner Eroberung begann 1968 im besetzten Westjordanland der Bau jüdischer Siedlungen. Mit der Regierungsübernahme durch die national-konservative Likud-Partei wurden 1977 alle besetzten Gebiete für den Siedlungsbau freigegeben. Die Besiedlung wurde finanziell großzügig gefördert: Niedrige Mieten, Subventionierung des Wasser- und Strompreises, Absicherung durch die Armee usw. Die Besiedlung von Gebieten, die einer Besatzungsmacht unterstehen, verstößt nach Art. 49 der Genfer Konvention gegen das Völkerrecht. Die „internationale Staatengemeinschaft“ ermahnte Israel vielfach, die Besiedlung zu unterlassen, machte aber keine Anstalten, Israel daran zu hindern. Damit wurde die fortschreitende Besiedlung entgegen dem Völkerrecht gebilligt.
Nach 1967 wurde auch in **Ost-Jerusalem** auf rund einem Drittel seiner Fläche palästinensisches Land für den Bau jüdischer Siedlungen enteignet. Palästinensern wurden so selten Baugenehmigungen erteilt, dass rund ein Drittel ihrer Häuser in Ost-Jerusalem illegal errichtet wurden. Dadurch wurde möglich, sie abreißen

87 Vandana Shiva, Der Kampf um das blaue Gold, Rotpunktverlag, Zürich 2003, S. 114 - 116
88 www.wikiwand.com/de/Geschichte_des_Staates_Israel
89 Asseburg 2023, 24f.

zu lassen. Inzwischen gibt es 230.000 jüdische Siedler in Ost-Jerusalem, die in zwölf Siedlungen leben. Jüdische Siedlungen bilden mit den Verbindungsstraßen einen Ring um Ost-Jerusalem, so dass es vom Westjordanland abgeschnitten und ferner der Süden vom Norden des Westjordanlands getrennt ist. Seit 1993 verbietet Israel Palästinensern aus der Westbank und dem Gazastreifen den Zugang zu Ost-Jerusalem, seit 2002 verhindern Sperrmauern die Einreise. Sie verlaufen teilweise direkt durch palästinensische Wohngebiete. Es gibt für die 370.000 Palästinenser in Ost-Jerusalem schon seit Längerem keine zusammenhängende palästinensische Siedlungsfläche mehr. Ein palästinensischer Staat hätte keine Hauptstadt mehr.
Seit 1967 hat sich die Zahl der Siedler im **Westjordanland** von 115.000 auf 450.000 erhöht. Sie leben in 132 Siedlungen und 127 Außenposten, von denen viele selbst nach israelischem Recht illegal sind. 2002 begann der Bau einer über 700 km langen und 8 Meter hohen Sperrmauer. Sie ist teilweise mit einem Elektrozaun und mit Stacheldraht bewehrt und hat alle 300 Meter einen Wachturm. Die Mauer verläuft bis zu 22 km auf palästinensischem Territorium. Sie dient also der Annexion palästinensischen Landes. Die etwa 280.000 Palästinenser, die zwischen der Mauer und der Grenze der Westbank leben, sind in ihren Dörfern eingesperrt und können sie nur zu bestimmten Öffnungszeiten verlassen. Sie benötigen eine Sondergenehmigung, um durch ein Tor in der Mauer zu ihren Feldern zu gelangen, z.B. um ihre Oliven zu ernten. Die Genehmigung wird jedoch oft nicht erteilt. Viele Dörfer sind von drei Seiten durch Mauern umgeben. Dorfbewohner dürfen keine Ehepartner von außerhalb ins Dorf bringen. Seit 2000 ist Familienzusammenführung für die Westbank weitgehend ausgesetzt, so dass Ehepartner und Familienmitglieder nicht mehr dort hinziehen können. Hunderttausende halten sich deswegen ohne die von Israel geforderten Genehmigungen illegal in der Westbank auf und könnten seit 2010 deportiert werden.[90] Je weniger Palästinenser, desto mehr Sicherheit, ist die Devise. Aber die Mauer dient nicht in erster Linie der Sicherheit Israels, sondern der Enteignung und Vertreibung der Palästinenser. Diese geschieht nicht offen, sondern verdeckt. Ihre Hauptmethode ist nicht die gewaltsame Vertreibung, sondern die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage. Sicherheit bedeutet hier wohl, sich nicht um die Existenz der nicht-jüdischen Bevölkerung zu sorgen. Das hat allein zwischen 1967 und 1994 dazu geführt, dass 400.000 Palästinenser aus der Westbank faktisch vertrieben wurden.[91]
Große Siedlungsblöcke, 85 Prozent der Siedler und etwa die Hälfte der jüdischen Siedlungen befinden sich auf der israelischen Seite der Mauer. Mit der Mauer werden 13-16 Prozent der Westbank durch Israel annektiert. Hunderte Hektar palästinensisches Land wurden enteignet, Häuser und Ackerland wurden zerstört, die palästinensische Bevölkerung wurde fast vollständig von der Wasserversorgung abgeschnitten. Die Bevölkerung um die Städte Qualqilia, Tulkarem und Jenin hat 60 Prozent ihres besten Agrarlandes verloren. Durch Ummauerung von Städten, Siedlungsbau, Errichtung von Militärstützpunkten usw. ist mehr oder weniger stark in allen palästinensischen Städten und Dörfern der Westbank der größte Teil ihres Landes durch Israel enteignet worden.[92] Die Stadt Hebron z. B. „*gleicht einer Festung mit Absperrungen und Stacheldraht – wir leben in einem Gefängnis*“ sagt ein Bewohner.[93] Die Mauer trägt dazu bei, die Bevölkerung in viele kleine Gettos zu zersplittern , deren Verbindung untereinander massiv behindert wird. Die Mini-Gettos werden auch durch 1.600 km „Nur für Juden“ (jews-only)-Straßen von einander getrennt, die von Arabern nicht benutzt werden dürfen. Dazu kommen 630 Checkpoints, Erdwälle, Sperren und ständig weiter wachsende jüdische Siedlungen, die den Lebensraum der Palästinenser immer mehr einengen und sie voneinander trennen. Palästinenser müssen riesige Umwege z. B. auf Feldwegen machen, um von einem Ort zum anderen zu gelangen, zu ihren Feldern, zu Arbeitsstätten, Schulen oder zu Verwandten usw. Das hat schon 2010 dazu geführt, dass 46 Prozent der Westbank mit Unterstützung der „westlichen Wertegemeinschaft“ faktisch durch Israel annektiert wurden.

90 Wild 2013, 124
91 ebda., 123
92 ebda., 119
93 Sandra Kegel, Ist mein Wunsch zu groß? FAZ 14.12.2023

Das alles erhöht den „*Druck auf die einheimische Bevölkerung, das Land zu verlassen, indem ihr die Lebensgrundlagen geraubt und die Aufrechterhaltung eines normalen Lebens unmöglich gemacht wird*."[94]
Zionistische Siedler unterstehen israelischem Recht, Einheimische im palästinensischen „Autonomie"gebiet dagegen der israelischen Militärverwaltung. Die Enklaven d. h. die Gettos bzw. Reservate zu verlassen, ist nur mit Passierscheinen möglich. Bewohner von Westbank und Gaza dürfen sich nicht besuchen, Jerusalem nur mit einer Sondergenehmigung. Städte wie Nablus sind nur über Kontrollposten betretbar und von israelischen Siedlungen eingeschlossen, die durch jews-only-Straßen verbunden sind. Entgegen Artikel 2 (d) der Apartheid-Konvention hängen grundlegende Rechte in der Westbank von ethnischer Zugehörigkeit ab.
Die Westbank ist in A-, B- „Autonomie"gebiete unter israelischer Aufsicht und militärische C-Gebiete geteilt. In C-Regionen herrscht Israel.[95] Das Jordantal, der landwirtschaftlich fruchtbarste Teil der Westbank, ist zu 87 Prozent C-Gebiet. Die Erträge sind dort auf Grund hervorragender klimatischer Bedingungen 4 bis 10 Mal höher als anderswo.
Das faktisch annektierte Jordantal ist Zentrum der israelischen Agrarexport-Produktion. Vier Checkpoints kontrollieren den Zugang. Bewohner des Restes der Westbank brauchen eine Sondergenehmigung, um ins Jordantal eingelassen zu werden, selbst wenn sie dort Land besitzen.
Dorthin umziehen können sie seit 2000 nicht mehr. 60 Prozent des Jordantals ist militärisches Sperrgebiet, das von Arabern nicht betreten werden darf. Netanjahu erklärte 2011, dass Israel niemals das Jordantal aufgeben werde.[96] Enteignung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung sind nirgendwo weiter fortgeschritten als im Jordantal, das 30 Prozent der Westbank ausmacht. Die Bewohner von drei Flüchtlingslagern wurden nach der Besetzung durch die israelische Armee nach Jordanien vertrieben. 1967 gab es noch 200.000 bis 320.000 Palästinenser im Jordantal, um 2010 nur noch 60.000.[97]
Die Besiedlung durch Juden wird gefördert durch die Zuteilung von Häusern, sieben Hektar Land, kostenlose Gesundheitsversorgung, billigen Strom und unbegrenzte Mengen an Wasser. Die Annexion palästinensischen Landes in der Westbank hat dazu geführt, dass ein Palästinenserstaat nur noch über 10 Prozent der Fläche des historischen Palästina verfügen könnte, und die auch noch zerstückelt (vgl. Karte 2).
„*Die Palästinenser im Jordantal jedoch kämpfen um das reine Überleben.*"[98] Dafür sorgt die israelische Regierung. „*Die wichtigsten Mittel dazu sind Häuserzerstörungen, Wasserentzug, die Deklarierung großer Flächen palästinensischen Landes zu militärischen Übungsplätzen oder Naturreservaten und die Terrorisierung der palästinensischen Bevölkerung durch Siedler und Soldaten*".[99] Das alles verstößt gegen Artikel 49 der Genfer Konvention, nach der alle Formen des erzwungenen „Transfers" verboten sind. Auch katastrophale Lebensbedingungen herzustellen, verstößt dagegen. Kanzler Scholz nannte angesichts der offensichtlichen ethnischen Säuberungen Israel dennoch einen „*demokratischen Staat, der durch und durch humanitär*" sei.[100]
Die ethnische Säuberung des Westjordanlandes von Arabern in kleinen Schritten geht nach dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober schneller voran als zuvor. Siedler greifen in wachsendem Maße palästinensische Dörfer der Westbank an, hindern Bauern daran, ihre Oliven zu ernten und vertreiben Hirten mitsamt ihrer Herden von ihren Weiden. Unter dem Schutz der Besatzungstruppen ist tödliche Gewalt gegen Palästinenser an der Tagesordnung. Wenn die ethnische Säuberung der besetzten Gebiete letztlich trotz aller Bemühungen nicht erfolgreich ist und nicht sein kann, eines bezweckt sie auf jeden Fall: die palästinensische Bevölkerung soweit einzuschüchtern, dass sie es nicht schafft, sich konsequent gegen ihre Enteignung, Demütigung und Unterdrückung aufzulehnen.

94 Alle Angaben dazu bei Petra Wild 2013, 111 bis 123
95 vgl. unten Karte 2
96 Wild 2013, 126
97 ebda.
98 Wild 2013, 129
99 Wild 2013, 130; ausführlich über die ethnisch Säuberung durch Israel Seiten 128-139
100 M. Lüders „Staatsräson" und Kreisliga, www.youtube.com/watch?v=P0Y56EeP_Bw, Dezember 2023, Min 37:00




*Karte 2*

Zonen der „Westbank“ nach dem Oslo-Abkommen 1995 (Oslo II)

Quelle:
Reader Attac Hamburg, AG „Palästina“, 2011

Ziel der Siedler und ihrer Netanjahu-Regierung ist laut entsprechender Ankündigung (Mai ´20) die vollständige Annexion des Westjordanlandes. Israel hat die territoriale Einheit eines möglichen palästinensischen Staates unter Duldung der USA, Deutschlands und der EU bewusst zerstört. Es hat Ostjerusalem annektiert und vom Westjordanland abgeschnitten. Es hat die Westbank in zahllose Einzelteile zerlegt und schon zur Zeit seiner Gründung die Verbindung des Gaza-Streifens mit dem Westjordanland gewaltsam abgetrennt. Israel unter Netanjahu hat ferner durch die massive Förderung der Hamas die Spaltung der Palästinenser gefördert, damit kein Ansprechpartner für Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung vorhanden ist.

## Ethnische Säuberung auch im Gazastreifen

Im Teilungsplan der UNO war vorgesehen, dass der Gazastreifen mit dem Westjordanland mit einem Korridor verbunden und so ein zusammenhängendes Gebiet für einen palästinensischen Staat gebildet werden sollte. Israel verhinderte den Korridor und verkleinerte das Gebiet des Gazastreifens erheblich. Heute ist es so groß wie Bremen. Der Gazastreifen wurde 1967 besetzt und nach dem Abzug der israelischen Truppen und der 9.000 jüdischen Siedler 2005 von Israel lückenlos mit hohen Mauern und Stacheldraht umgeben. Reisen aus Gaza nach Jerusalem, auf die Westbank und auch nach Israel sind in aller Regel nicht erlaubt. Sie hängen von Sondergenehmigungen ab. Die Bewohner Gazas wohnen auf engstem Raum in einem riesigen 360 km² großen faktischen Gefängnis, abhängig von humanitärer Hilfe. Sie sind überwiegend Nachkommen von Palästinensern, die 1948 aus ihrer Heimat vertrieben und entschädigungslos enteignet worden sind.
Die islamistische Hamas hatte 2006 die Wahlen gewonnen und regiert nach jahrelangem Streit mit der PLO seit 2017 in Gaza. Sie wird vor allem von Quatar unterstützt, aber auch dem Iran. Sie verwandelte das Territorium Gazas in ein System von unterirdischen Gängen, Räumen und Abschussrampen für Raketen. Sie soll 30-40.000 Kämpfer unter Waffen haben und über reiche Waffenbestände verfügen. Am 7. Oktober 2023 drangen Bewaffnete der Hamas durch den Sicherheitszaun auf israelischen Boden vor und ermordeten wahllos Menschen, die an einem Musikfestival teilgenommen hatten bzw. in grenznahen Kibbuzims wohnten. Die Morde an Hunderten von Zivilisten und die Verschleppung von 240 Geiseln waren terroristisch und verbrecherisch. Sie sind zu verurteilen und können nicht mit Vorwürfen gerechtfertigt werden, dass Israels Organe ebenfalls morden bzw. Menschen willkürlich ohne Urteil oder gar Anklage verhaften.
Verbrechen sollten im Normalfall verfolgt werden. Es gibt zweifellos ein Recht, sich zu verteidigen.
Wie aber verteidigt sich Israel? Am 4. November wurde ein Plan bekannt, der vom Geheimdienstministerium angenommen wurde und (bei Redaktionsschluss) immer noch auf der Tagesordnung der Regierung Netanjahus steht. In diesem Plan wird vorgeschlagen, die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens nach Ägypten zu vertreiben.[101] Ägypten verweigert die Aufnahme von 2 Millionen Palästinensern. Der israelische Generalmajor a. D. Giora Eiland schlug vor, die gesamte Bevölkerung an der Küste zu konzentrieren und alle Gebäude im Süden Gazas zu zerstören, um das Verlassen des Gazastreifens wegen Unbewohnbarkeit zu erzwingen. Von den 35 Krankenhäusern im Gaza-Streifen sind nach israelischem Beschuss nur noch wenige funktionsfähig und das bei über 40.000 Menschen, die bisher durch Bomben und Raketen der israelischen Luft- und Bodenstreitkräfte leicht oder schwer verletzt worden sind.
Das israelische Militär hat den Großteil der Bewohner des nördlichen Gazastreifens durch massive Bombardierungen gezwungen, in den ebenso dicht besiedelten südlichen Gazastreifen zu ziehen, angeblich um dort vor Bombardierungen sicher zu sein. Sie können nicht nach Hause zurück, da der Norden in Trümmern liegt. Im Süden des Gazastreifens halten sich inzwischen bis zu 1,9 Millionen Flüchtlinge auf. Die israelische Armee ist aber auch in den Süden vorgedrungen. Sie bombardiert auch Khan Yunis, das sie erobern will, in dessen Umgebung sich ein großer Teil der Flüchtlinge befindet. *„Das Leid der Zivilbevölkerung ist schon jetzt kaum zu ermessen“.*[102] Die Flüchtlinge werden aufgefordert, das gefährliche Kampfgebiet in Richtung Rafah zu verlassen. Menschen, die alles verloren haben und ohne ausreichende Ernährung und Heizung dort im

101 https://bip-jetzt.de/2023/11/04/bip-aktuell-279-welchen-plan-gibt-es-fuer-gaza/
102 Haneka, Der Kampf um Khan Yunis, FAZ 9.12.2023

Winter in Zelten überleben sollen. Aber auch Rafah wird von der israelischen Luftwaffe bombardiert, obwohl dort die Konzentration von Menschen in Notunterkünften am höchsten ist. Israel möchte am liebsten die Vertriebenen über die Grenze nach Ägypten schieben. „*Der Gaza-Streifen wird nicht mehr so sein wie vorher. Wir werden alles liquidieren*“, sagte schon Verteidigungsminister Yoav Gallant.[103]
Im Gazastreifen führt Israel entgegen aller anderslautenden Erklärungen offensichtlich nicht nur einen Krieg gegen die Hamas, sondern auch gegen die palästinensische Zivilbevölkerung. Der israelische Landwirtschaftsminister und ehemalige Geheimdienstchef Avi Dichter bezeichnet die Vertreibung der Palästinenser aus dem Gazastreifen als „zweite Nakba“, also eine Wiederholung der ethnischen Säuberung von 1948. (Übrigens ein Eingeständnis und Beleg gegen die Falsch-Behauptung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und anderer, die Nakba sei nur ein Mythos[104]). Die Vertriebenen jetzt noch einmal zu vertreiben, ist nichts anderes als die Fortsetzung der Nakba von 1948.[105] Die komplette Abriegelung des Gazastreifens, die gleichzeitige komplette Zerstörung der Wohnungen und der gesamten Infrastruktur und der Krieg in Gaza insgesamt haben bisher zur Folge, dass über 18.000 Palästinenser getötet wurden, darunter laut Lüders 70 Prozent Frauen und Kinder (vgl. Fußnote 100).
Beim Treffen der Vertragsstaaten der UNO-Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (CCW) am 17. November d. J. kam es zu einem Schlagabtausch zwischen der israelischen Delegation und der palästinensischen Vertreterin Nada Tarbush. Sie fasste die Rede der israelischen Delegation, wie sie selbst sagte, „vereinfacht zusammen“: „*Die Kernaussage ist, Israel könne jeden einzelnen Menschen in Gaza töten. Die 2,3 Millionen Menschen in Gaza seien entweder Terroristen, Sympathisanten von Terroristen oder menschliche Schutzschilde und daher legitime Ziele.*“[106] Sie forderte die Mitglieder des UN-Gremiums auf, darüber nachzudenken, dass demnach jedes einzelne der bis dahin 12.000 Menschenopfer Gazas gerechtfertigt wäre – wohlgemerkt – auch die sonst so bedauerten menschlichen Schutzschilde. Mit anderen Worten: „Kollateralschäden“ – versehentlich und damit unrechtmäßig Getötete – gibt es nach dieser Lesart nicht. Die gibt es nur, wenn die Israelische Armee auf eigene Leute schießt, wie z. B. auf freigekommene Geiseln, die sich mit blankem Oberkörper, weißer Fahne und in hebräischer Sprache als Israelis zu erkennen gaben, aber dennoch von mehreren(!) Soldaten erschossen wurden.[107] Als palästinensische Zivilisten wären sie nach obiger „Kernaussage“ auch „legitime Ziele“ gewesen.
Die israelische Regierung verlangt ferner eine demilitarisierte Zone im Süden Libanons bis zum Litanifluss, um militärische Angriffe der Hisbollah zur Unterstützung der Hamas zu verhindern. Geschehe dies nicht, ist das jetzige Sicherheitskabinett „*in der Schärfe der Drohungen auf einer Linie …: Libanon und seine Hauptstadt Beirut, heißt es immer wieder, würden das Schicksal des Gazastreifens erleiden*“.[108]

## Israel: Zwei-Staaten-Regelung abgelehnt

Israel bekämpfte von Anfang an die Zwei-Staaten-Lösung und arbeitet seit der Besetzung palästinensischer Gebiete in 1967 entschlossen und verstärkt an deren Einverleibung. Es ist dabei weitgehend erfolgreich. Dennoch stellten der UN-Sicherheitsrat im März 2002 mit der Resolution 1397 und die US-Regierung unter George W. Bush im Juni 2002 ausdrücklich und erstmalig die ZweiStaaten-Regelung als „*eine realistische Option für eine tragfähige und dauerhafte Regelung des Konflikts*[109]“ in den Mittelpunkt. Die Europäische Gemeinschaft hatte in ihrer Berliner Erklärung schon 1999 die Zwei-Staaten-Regelung als Grundlage einer Lösung des Konflikts anerkannt. Sie stellt angeblich die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes dar. Wirklich?

103 https://bip-jetzt.de/2023/10/21/bip-aktuell-277-eine-sprache-die-man-noch-nie-gehoert-hat/
104 www.youtube.com/watch?v=A6gkY0eUPXg
105 https://mailchi.mp/9607666896ff/bip-aktuell-284-ethnische-suberung-keine-umsiedlung?e=903507099a
106 UnwebTV, 5th Meeting of the High Contracting Parties (CCW) https://webtv.un.org/en/asset/k1b/k1bf0dm04k Min. 0:21:34
107 https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/israel-drei-geiseln-tot-versehen-100.html
108 Peter Carstens u.a., Kontroverse im Krisenstab, FAZ 19.12.2023
109 Asseburg 2023, 60, 103

Wie und wo ein Palästinensischer Teilstaat auf Grund der israelischen Annexionsvorstöße gegründet werden soll, steht in den Sternen. Wird die 700 km lange Sperrmauer abgerissen, die Palästinenser von Palästinensern trennt? Was passiert mit den jüdischen Siedlungen in der Westbank und in Ostjerusalem? Werden sie aufgelöst? Wie soll es von Hunderten von Enklaven wieder zu einem einheitlichen Siedlungsgebiet kommen? Soll die Annexion Ostjerusalems rückgängig gemacht werden? Mit jüdischen Siedlungen, Sperrmauern usw. ist ein palästinensischer Staat unmöglich. Die Zwei-Staaten-Lösung ist schon lange tot, wahrscheinlich war sie es schon vor dem Ende der 1990er Jahre.

## Weiter:

a) Israel hat entschlossen die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat verhindert. Allein 3,5 Millionen leben deswegen als registrierte Flüchtlinge in den Nachbarländern Israels. Die UNO dagegen hat das Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge, die in ihre Heimat zurückkehren und dort mit ihren Nachbarn in Frieden leben wollen, befürwortet. So der Artikel 11 der Resolution 194 der UN-Generalversammlung von 1948.[110] Die Zwei-Staaten-Regelung akzeptiert jedoch, dass die überwiegend staatenlosen Flüchtlinge in den arabischen Nachbarländern kein Recht auf Rückkehr in ihre Heimat haben. Die Flüchtlingslager des UN-Hilfswerks bleiben bestehen. Ist Vertreibung aus ihrer Heimat mit dem Selbstbestimmungsrecht des Palästinensischen Volkes vereinbar?
b) Die aus Israel Vertriebenen und Geflohenen sind entschädigungslos enteignet worden. Die Zwei-Staaten-Regelung klammert das aus und akzeptiert es.
c) Die Rechtlosigkeit und chronische Benachteiligung der palästinensischen Israelis bleibt bestehen. Mit dem Nationalstaatsgesetz von 2018 z.B. wurde Arabisch als Amtssprache abgeschafft. Die Förderung des Judentums durch den jüdischen Staat hat Vorrang vor der Förderung von Arabern.
d) Es gibt keine Landverbindung mehr zwischen dem Gaza-Streifen und der Westbank.

1988 rief die PLO im Exil einen palästinensischen Staat aus, der sich auf dem Territorium der von Israel besetzten Gebiete befand, auf 22 Prozent des ursprünglichen Mandatsgebiets. Die PLO rückte damit von ihrem in der Charta von 1968 verankerten ursprünglichen Ziel eines säkularen demokratischen Staates Israel auf dem Boden des historischen Palästina ab, der ohne Diskriminierung allen Bewohnern Palästinas dienen sollte. Die PLO erkannte somit Israel als jüdischen Staat an und begnügte sich mit dem zersplitterten Territorium, das die jüdische Besatzungsmacht übrig gelassen hatte. Israel erkannte allerdings nur die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes an, nicht aber die Legitimität eines palästinensischen Staates. Die palästinensische „Autonomie“-Behörde der PLO war überwiegend nur für Verwaltungsaufgaben unter Aufsicht der Besatzungsmacht zuständig. Der bis 1999 in Aussicht gestellte Fortschritt dieser „Autonomie“ in Richtung eines palästinensischen Staates blieb aus. Stattdessen beschleunigte Israel - besonders seit der ersten Regierungszeit des Groß-Israel-Ideologen Netanjahu (1996-1999) - die Schritte in Richtung offener Annexion. Daraus folgte die zweite Intifada (Erhebung) von 2000 bis 2004.

Bei ihrer Gründung im Jahr 1987 proklamierte auch die Hamas die Befreiung ganz Palästinas (Free Palestine). Sie trat jedoch dafür ein, Israel zu einem islamischen Staat zu machen, der auf dem Boden des islamischen Rechts, der Scharia steht. Seit der Beteiligung der Hamas an den Kommunal- und Parlamentswahlen in den besetzten Gebieten (außer in Jerusalem!) gab es allerdings einen Kurswechsel. Die Hamas stimmte einem palästinensischen Staat auf dem Boden der besetzten Gebiete zu und erklärte sich zu einem Friedensabkommen mit Israel auf der Grundlage der Grenzen von 1967 bereit. In ihrer Grundsatzerklärung von 2017 heißt es wiederum: „*Die Hamas lehnt jede Alternative zur vollständigen und uneingeschränkten Befreiung Palästinas ab, vom Fluss bis zum Meer. Ohne in ihrer Ablehnung der zionistischen Entität Kompromisse zu machen und ohne auf palästinensische Rechte zu verzichten, betrachtet die Hamas jedoch die*

110 www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/palaestinenser-schutz-rueckkehrrecht-100.html vom 22.10.2023

*Errichtung eines vollständig souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt entlang der Grenzen des 4. Juni 1967 und die Rückkehr der Geflüchteten und Vertriebenen in ihr Zuhause, aus dem sie vertrieben wurden, als eine Formel des nationalen Konsenses.“*[111]

## Frieden wie?

Es ist verhängnisvoll, eine Lösung des „Nahostkonflikts“ davon zu erwarten, welcher religiöse Staat sich durchsetzt. Der jüdische Staat beruht auf der Unterdrückung des überwiegend muslimischen palästinensischen Volkes. Ein muslimischer Staat würde auf der Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung beruhen. Judentum und Islam haben wie alle Religionen einen Absolutheitsanspruch. Beide Gottesstaaten betrachten Angehörige anderer Religionen als Ungläubige. Ungläubige sind potentielle Feinde. Frieden kann es nur im Rahmen eines weltlichen, eines säkularen demokratischen Staates geben, der die private Freiheit der Religionsausübung anerkennt. Wie selbst Netanjahu erklärte, ist bei einem Bevölkerungsanteil der Palästinenser von 40 Prozent ein jüdischer Staat nicht möglich. Genau diesen streben jedoch Zionisten wie er mitsamt ihrem faschistischen Gefolge à la Smotrich an, wenn sie die besetzten Gebiete vollständig annektieren wollen. Jerusalem war ja nur der Anfang. Frieden mit Palästinensern ist auf dieser Basis niemals möglich. Umgekehrt ist Frieden auch nicht möglich, wenn Palästinenser mit Selbstmordattentaten und oder Massakern Zivilisten in Israel ermorden. Keine Seite kann die andere auslöschen. Jeder Versuch dazu erzeugt wechselseitigen Hass. Ein endgültiger militärischer Sieg unter der Fahne des Islam ist ebenso unmöglich wie ein endgültiger israelischer militärischer Sieg über die Palästinenser im Namen des Judentums. Das zeigt die 75-jährige Geschichte Israels und Palästinas: Millionen Juden und Millionen Muslime sind gezwungen zusammenzuleben. Es ist weder möglich, Millionen Palästinenser aus Israel zu verjagen noch Hunderttausende von jüdischen Siedlern. Alle Bewohner Palästinas sollten versuchen, den schon erreichten Zustand der ökonomischen, sozialen und militärischen Erschöpfung und der kulturellen Verrohung und Bestialisierung nicht noch zu verstärken. Das ist weder unter der Herrschaft der Netanjahu-Zionisten noch unter der Herrschaft der islamistischen Hamas möglich. Entsprechende Kräfte müssten sich vor allem in der israelischen, aber auch in der aus ihrer Heimat vertriebenen palästinensischen Bevölkerung entwickeln. Gemeinsamkeit über nationale Grenzen hinaus ist angesagt, nicht ethnische Säuberung nach völkischer Manier. Es ist schrecklich, dass die Entwicklung in die andere Richtung geht, dramatisch gefördert durch die Massaker und den Terror der Hamas gegen Zivilisten in Israel sowie die wachsende Aggressivität von zu Faschismus neigenden ultrareligiösen Siedlern gegen palästinensische Zivilisten unter dem Schutz der Besatzungsarmee.

## Israelkritik = Antisemitismus?

Deutschland hat eine von 31 Ländern unterzeichnete Definition von Antisemitismus durch die Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken (International Holocaust Remembrance Alliance – IHRA) im Jahr 2000 mit initiiert, in der es heißt: „*Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.*“ Kritik an der massiven Unterdrückung des palästinensischen Volkes wird immer öfter als antijüdisch verunglimpft. Und warum? „*Gerade aus seiner historischen Verantwortung heraus setzt sich Deutschland unmissverständlich gegen jede Form von Antisemitismus ein*“, so das Auswärtige Amt 2017.[112] Die Resolution setzt nationalistischen Zionismus mit Judentum insgesamt gleich und beschuldigt auch Juden, die den Zionismus ablehnen, des Antisemitismus.

Mit einer Jerusalemer (JDA) Erklärung haben 210 Wissenschaftler im Jahr 2020 eine neue Antisemitismus-Definition vorgelegt. In der Präambel und noch deutlicher in den anhängenden „Fragen und Antworten“ heißt es: „*Die JDA reagiert auf die Arbeitsdefinition Antisemitismus, die die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) 2016 vorgelegt hat. Die „IHRA-Definition“ (einschließlich ihrer „Beispiele“) ist weder*

111 https://magma-magazin.su/2023/11/uebersetzungsdienst/hamas-prinzipien-und-grundsaetze/
112 www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/kultur-und-gesellschaft/-/216610 vom 22.09.2017

*klar noch kohärent. Was auch immer die Absichten ihrer Befürworter sein mögen, sie verwischt den Unterschied zwischen antisemitischer Rede und legitimer Kritik am Staat Israel und am Zionismus. Dies führt zu Irritationen und delegitimiert gleichzeitig die Stimmen von Palästinenser:innen und anderen, einschließlich Jüd:innen, die sehr kritische Ansichten über Israel und den Zionismus haben. Nichts davon trägt zur Bekämpfung von Antisemitismus bei.*“[113]

Die Bundesregierung hat der IHRA noch einen weitreichenden und umstrittenen Satz hinzugefügt: „*Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.*“[114] Das macht es möglich, die Kritik an der Vertreibung Hunderttausender Palästinenser aus Israel und den besetzten Gebieten, dem Rückkehrverbot, der massiven entschädigungslosen Enteignung palästinensischen Eigentums als Form des Judenhasses d. h. des Antisemitismus hinzustellen. Palästinenser, die Israel hassen, weil Israel ihnen ihre Lebensgrundlage entzogen hat, sollen demnach Antisemiten sein.

Jeder, der nicht mit dieser palästinenserfeindlichen Grundlage des jüdischen Staates einverstanden ist, kann nun des sogenannten „*israelbezogenen Antisemitismus*“ beschuldigt werden. Der israelisch-deutsche Soziologe und emeritierte Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv Moshe Zuckermann sagt über diesen Begriff: „*„Israelbezogener Antisemitismus‘ ist primär ein Slogan, um legitime und notwendige Israelkritik zu verhindern, nicht um Antisemitismus zu bekämpfen.*“[115] Und nicht nur Gerhard Hanloser geht in einem Telepolis-Artikel vom 27. Mai 2023(!) „Palästina und die deutsche Schuld“ so weit, in der „Antisemitismus-Etikettierung“ ein „*aktuelles Kampfmittel zur Konsolidierung bürgerlicher Herrschaft*“ zu sehen.[116]

113 https://jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/2021/03/JDA-deutsch-final.ok_.pdf

114 vgl. Fußnote 112

115 www.berliner-zeitung.de/open-source/historiker-moshe-zuckermann-baerbock-ist-schlicht-und-ergreifend-keine-israelin-li.2149572

116 www.telepolis.de/features/Palaestina-und-die-deutsche-Schuld-9067918.html?seite=all

## Zur deutschen Verantwortung für den Holocaust und seine Folgen

Auch Kanzler Scholz stellte zehn Tage nach dem Massaker der Hamas am 17.10.2023 fest: „*Die deutsche Geschichte und unsere aus dem Holocaust erwachsene Verantwortung machen es uns zu unserer Aufgabe, für die Existenz und die Sicherheit des Staates Israel einzustehen*."[117] Das gilt nach einem Beschluss des Bundestages sogar als Staatsräson. „*Das ist einmalig in der Welt, sagt die Rechtstheoretikerin Marietta Auer, Direktorin Rechtstheorie des Max-Planck-Instituts in Frankfurt am Main: Staatsräson bedeute eigentlich, das Überleben des eigenen Staates stehe über allem oder werde über alles gestellt. ‚Und das Interessante hier ist, dass stellvertretend das Überleben eines anderen Staates zur eigenen Staatsräson gemacht wird.' Auer betont, dass es sich dabei um einen politischen, keinen rechtlichen Begriff handle.*"[118]

Hätte die oberste Verantwortung nicht sein müssen, die Verantwortlichen für den beispiellosen Massenmord (und andere Opfer des deutschen Faschismus) zu verfolgen und schonungslos zu verurteilen? Genau das geschah aber nicht.

Regierungen, Justiz, Wirtschaft und Gesellschaft Nachkriegsdeutschlands sorgten vielmehr dafür, dass auf dem Boden des bundesdeutschen Rechtsstaates die überwältigende Mehrheit der Täter und der Verantwortlichen für die Ermordung von sechs Millionen Juden **nicht** zur Verantwortung gezogen wurden.

a) Die bedeutendsten Prozesse fanden Mitte der 1960er Jahre statt, also 20 Jahre nach Kriegsende. In diesen zwanzig Jahren konnten die allermeisten Mörder in Ruhe ihren bürgerlichen Berufen oder ihrer Arbeit als Handwerker oder Arbeiter nachgehen. Die Judenvergaser waren voll integriert als Kaufleute, Ärzte, Sparkassenangestellte, Tischler usw.

b) Man geht „*von rund 200 bis 250.000 … Tätern des Holocaust aus*".[119] „*Gegen die meisten von ihnen ist gar nicht erst ermittelt worden, … . Aber auch die meisten Ermittlungen, etwa 90.000, wurden eingestellt. Eingeleitet und durchgeführt wurden ein paar Hundert. Schuldsprüche und Ermittlungsverfahren stehen in einem numerischen Verhältnis von 1 : 99*".[120] 962 Schuldsprüche bezogen auf 200-250.000 Täter bedeuten, dass vom Kriegsende bis August 1994 nur einer von mindestens 208 Holocaust-Tätern zu Gefängnis verurteilt wurde. Jörg Friedrich nennt das die „kalte Amnestie".

c) „*Aus dem System der östlichen Vernichtungslager, die zusammen mit den Einsatzgruppen ein Drittel des Weltjudentums ausgelöscht haben, wurden von der bundesrepublikanischen Justiz rund zwei Dutzende Mörder gegriffen und verurteilt*".[121] Insgesamt wurden in den NS-Prozessen 174 Menschen wegen Mordes verurteilt und 778 wegen Beihilfe zu Tötungsdelikten.[122] In Auschwitz wurden zwei Millionen Menschen ermordet, überwiegend Juden. In fünf Prozessen verurteilten die Richter nur elf Angeklagte als Mörder. Im Vernichtungslager Treblinka wurden 900.000 jüdische Menschen ermordet. Acht Personen wurden als Mörder verurteilt. Im Vernichtungslager Majdanek wurden 200.000 Menschen getötet. Die Justiz entdeckte einen einzigen Mörder.

   Wie kann es sein, dass ein in der Geschichte beispielloser Massenmord von so wenigen Mördern verübt wurde? Um als Mörder verurteilt zu werden, mussten gemäß § 211 Strafgesetzbuch (StGB) Mordlust, Freude an Tötungen, Heimtücke, Grausamkeit oder andere niedrige Beweggründe individuell nachgewiesen werden. Wenn diese Merkmale fehlten, Morde also teilnahmslos, in Ausübung von beruflichen Pflichten, als Verantwortung gegenüber Vorgesetzten ohne individuelles Zutun ausgeübt wurden (z. B. Zyklon B einem Raum zuzuführen, in dem 2.000 Menschen auf ihren Erstickungstod warteten oder Selek-

117 www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressestatement-von-bundeskanzler-scholz-anlaesslich-seines-besuchs-im-staat-israel-am-17-oktober-2023-in-tel-aviv-2230822

118 www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/deutsche-staatsraeson-was-bedeutet-das-eigentlich,TtnrdpA

119 Hans-Jürgen Döscher, Mordende Verwaltung, FAZ 16.8.2016

120 Ralph Giordano, Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987, 136; Jörg Friedrich, Die kalte Amnestie, München 1994, 367

121 Jörg Friedrich, Die kalte Amnestie, NS-Täter in der Bundesrepublik, München 1994, 359

122 Friedrich 1994, 367; Michael Ratz, Die Justiz und die Nazis, Zur Strafverfolgung von Nazismus und Neonazismus nach 1945, Frankfurt 1979

tion für die Vergasung) war eine vorsätzliche Tötung kein Mord, sondern nur Totschlag. Wenn jemand des Mordes in diesem eingeschränkten Sinne individuell überführt war, musste eine lebenslängliche Freiheitsstrafe verhängt werden.

Wer teilnahmslos als Gehilfe der Judenmord-Gaskammermaschine wirkte, machte sich nur des Totschlags mit einer Mindeststrafe von fünf Jahren schuldig. Bei 80 Prozent der Mörder stellten die Richter nur Pflichterfüllung beim Töten fest. Gustav Münzberger z. B. wurde in einem Treblinka-Prozess wegen Beihilfe zum Mord an mindestens 300.000 Personen zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt und kam wegen guter Führung nach sechs Jahren frei.[123] Den Mord an 137 Juden büßte er mit einen Tag Gefängnis. Der § 211 StGB war Nazi-Recht. Es galt in der Fassung vom 4. September 1941 (!!). Erst Mitte der 2010er Jahre wurde er geändert. Mit der Fassung des § 211 StGB vom 4. September 1941„ *steht außer Frage, dass in den Gesetzesformulierungen („Mörder ist, wer..." bzw. „ohne Mörder zu sein") die nationalsozialistische Strafrechtsideologie, insbesondere die Tätertypen-Lehre ihren Niederschlag gefunden hat*".[124]

d) Die Endlösung der Judenfrage bestand in einem industriellen Massenmord. Alle an der Mordmaschine Beteiligten haben sich nach Auffassung des hessischen Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer, dem Organisator der Auschwitz-Prozesse, des Mordes schuldig gemacht[125], war doch der Zweck der Arbeitsverhältnisse, die sie eingegangen waren, die tägliche Ermordung von Menschen in großem Umfang. Zur Verfolgung von industriellem Massenmord gab es keinen Straftatbestand außer dem § 211 StGB. Die Verfolgung des Massenmords hatte keine dazu passende gesetzliche Grundlage außer dem von den Hitlerfaschisten geschaffenen § 211 StGB. Das Grundgesetz schloss in § 103 Abs. 2 sogar ausdrücklich rückwirkendes Recht aus. „*Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.*"- „*Der Grundgesetzartikel 103 Absatz 2 wurde zum juristischen Freibrief für ungezählte NS-Täter*".[126] War Fritz Bauer mit seiner Opposition gegen diesen Grundgesetz-Paragrafen ein Verfassungsfeind?

Der Holocaust konnte also mit Hilfe des Grundgesetzes nach dem Krieg nur auf der Basis des im Hitlerfaschismus geltenden, vor dem Holocaust verabschiedeten § 211 StGB verfolgt werden. In den Judenvernichtungslagern nach individuellen Straftaten zu suchen, war jedoch völlig sinnlos und gegenüber den Ermordeten und den Überlebenden völlig verantwortungslos.

Doch der bundesdeutsche Rechtsstaat, den Bauer als feindliche Umgebung wahrnahm, entdeckte Mörder nur bei Bestien wie etwa beim kaufmännischen Angestellten Friedrich Wilhelm Boger, dem Erfinder der Boger-Schaukel, die lustvolle Prügelorgien bis zum Tode erleichterte. Je weiter Menschen, die die Massenvernichtung von Menschen organisiert haben, vom Tötungsvorgang entfernt waren, galten sie dem Rechtsstaat nicht als Mörder. Gegen keinen der nach dem Krieg noch lebenden Teilnehmer der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 wurde Anklage erhoben. Ihre Pensionsansprüche blieben ungekürzt. Aufgabe der Konferenz war „*die Deportation der gesamten jüdischen Bevölkerung Europas zur Vernichtung in den Osten zu organisieren und die erforderliche Koordination sicherzustellen*"[127] „*Am Diskutieren von Vernichtungsabsichten ist noch kein Jude gestorben. Das war die herrschende Rechtsauffassung. … Wer sie (*die Vernichtung) *plant, ist straffrei bis hinein in die Wannsee-Konferenz. Strafbar ist nur die Leugnung einer so gut wie ungestraft gebliebenen Endlösung*."[128] Der Protokollant der Wannsee-Konferenz war SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, Reinhard Heydrichs Referent für „Judenangelegenheiten". Auch er galt dem bundesdeutschen Rechtsstaat nicht als Mörder, da er keine persönlichen Exzesse begangen hatte, sondern nur als Gehilfe ohne niedere Beweggründe. Eichmann war nach sei-

123 Friedrich 1994, 355

124 www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2014/0001-0100/54-14.pdf?__blob=publicationFile&v=2 vom 12.2.2014

125 Giordano 134

126 Giordano 1987, 123

127 https://de.wikipedia.org/wiki/Wannseekonferenz

128 Friedrich 1994, 501

nem Eingeständnis ein Automat, eine Maschine, kein Mörder. Wäre er in Deutschland und nicht in Jerusalem im April 1961 vor Gericht gestellt worden, hätte er nur wegen Beihilfe verurteilt werden können. Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), die Gestapozentrale, war die antisemitische Schaltzentrale für die Umsetzung des Willens der „Haupttäter" Hitler, Himmler und Heydrich, alle europäischen Juden umzubringen. Seine Aufgabe war, die zu Ermordenden den Vernichtungslagern zuzuführen. Nicht nur das Lagerpersonal war am Massenmord beteiligt, sondern auch Behördenpersonal fernab der Lager. „*Die Verurteilung des Lagerpersonals ist ohne die Verurteilung des Behördenpersonals ein falsches Alibi*".[129]
Dem Behördenpersonal mit der Gestapo als Kern wurde die Amnestie durch die Hintertür geschenkt. Da unter dem Behördenpersonal kein Mörder mit niederen Beweggründen zu finden war, waren auch die 70.000 Gestapoleute, die zu Prozessbeginn im Jahre 1968 noch lebten, nur ordnungsliebende Hilfskräfte ohne niedere Beweggründe. Sie konnten also maximal nur mit 3 bis 15 Jahren Gefängnis bestraft werden.
Doch im Oktober 1968 beschloss der Bundestag, dass alle Taten unter dem Titel „Beihilfe zum Mord" nach 15 Jahren als verjährt galten. Niemand will gewusst haben, was das bedeutete. Dabei war es ganz einfach. Am 8. Mai 1960 waren alle Taten verjährt, die mit einer Haftzeit von 15 Jahren bedroht waren – also auch der Totschlag und seine Beihilfe für KZ-Mord-Bürokraten. Der lange Jahre vorbereitete RSHA-Prozess sollte 1968 beginnen. Zu spät. Er platzte. Das Verfahren gegen Werner Best, den Stellvertreter Heydrichs, wegen 8.000fachen Mordes wurde 1982 eingestellt. Streckenbach, verantwortlich für die Einsatzgruppen in Russland, angeklagt, den Tod von einer Million Menschen verursacht zu haben, verschied 1977 friedlich in Hamburg. Die verbliebenen 70.000 Gestapoleute waren amnestiert. Die Bundesregierung sprach von einer „Panne".[130]

e) Judenmörder wurden also in aller Regel ohne Verfahren faktisch freigesprochen oder in seltenen Fällen nur wegen Beihilfe zum Mord an Zehn- oder Hunderttausenden Juden verurteilt. Wem haben sie eigentlich Beihilfe geleistet, indem sie für den ordnungsgemäßen Ablauf der Tötungsvorgänge sorgten? Es waren vier Menschen, die seit vielen Jahren tot waren. Diese Monster hießen Adolf Hitler, Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich und Hermann Göring. Ihnen konnte zwar kein individueller Mordexzess nachgewiesen werden, waren aber dennoch die Haupttäter. Ohne Mörder zu sein, waren sie das Zentrum einer Mordmaschine von dabei „Helfenden", die Beihilfe für sie leisteten und selbst dadurch nicht zur Mördern wurden.

Das alles blendet Reinhard Müller (FAZ) völlig aus und erklärt stolz: „*Der demokratische Rechtsstaat … war die unmittelbare Antwort auf mörderischen Totalitarismus*".,[131] denn er geht vom „*Prinzip der Würde aller Menschen*" aus. „Aller Menschen"? Skrupellosigkeit ist eine hohe Kunst.

## Deutsche Verantwortung „für Existenz und Sicherheit Israels"?[132]

Am 10. September 1952 schlossen Deutschland und Israel ein Wiedergutmachungsabkommen. „*In Erwägung, dass während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden und dass die Regierung der Bundesrepublik ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadensfolgen dieser Taten wiedergutzumachen, und dass der Staat Israel die schwere Last auf sich genommen hat, so viele entwurzelte und mittellose jüdische Flüchtlinge aus Deutschland und den ehemals unter deutscher Herrschaft stehenden Gebieten in Israel anzusiedeln, und deshalb einen Anspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland auf globale Erstattung der entstandenen Eingliederungskosten geltend gemacht hat, zahlt die Bundesrepublik Deutschland an den Staat Is-*

129 Friedrich 1994, 436
130 Friedrich 1994, 434-438;
131 Reinhard Müller, www.faz.net/aktuell/politik/inland/antisemitismus-und-angriffe-auf-juedische-einrichtungen-fortwaehrende-schande-19365504.html
132 vgl. Wild 2013, 130

*rael einen Betrag von 3.000 Millionen DM*." Ferner 450 Millionen DM, „*die der Erweiterung der Ansiedlungs- und Wiedereingliederungsmöglichkeiten für jüdische Flüchtlinge in Israel dienen*."[133]

Berechnungsgrundlage für Entschädigungen an den jüdischen Staat Israel sind nicht die 6 Millionen ermordeten Juden. Es sind auch nicht alle Überlebenden, sondern nur die Überlebenden, die sich in Israel angesiedelt haben. Dabei wurde nie versucht, die Einnahmen, die Deutschland durch die Tötung und Emigration der deutschen Juden hatte, mit der Wiedergutmachung gegenzurechnen. Denn das Vermögen aller deutschen Juden, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt ins Ausland verlegten, wurde nach der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 zugunsten des Deutschen Reiches enteignet. Darunter fiel auch das Vermögen der in den Gaskammern des Auslands erstickten Juden.
Finanzberater Adenauers bei der Wiedergutmachung war mit dem Antisemiten Dr. Friedrich Karl Vialon jemand, der im Dritten Reich jüdisches Hab und Gut eingetrieben hatte. Auch der Antisemit Dr. Globke war ein Wegbereiter der Wiedergutmachung für die Besiedlung Israels. Er war Staatssekretär unter Adenauer und sein Personalchef. Dr. Globke war Kommentator der Nürnberger Rassengesetze von 1935, der in seinen Kommentaren formulierte: „*Artfremden Blutes sind in Europa regelmäßig nur Juden und Zigeuner*".[134] Die deutsche Amnestie für die Mörder von Millionen Juden tritt gegenüber der Wiedergutmachung an Israel in den 1950er Jahren und dem nahezu bedingungslosen Einsatz für die Existenz und die Sicherheit des jüdischen Staates in Israel heute vollständig in den Hintergrund. Der Philosemitismus, der den einzigartig brutalen mörderischen Antisemitismus der Vergangenheit als Staatsräson abgelöst hat, wirkt als Heilmittel, sich von der faschistischen Vergangenheit reinzuwaschen. Die Vergangenheit fällt einer „Erinnerungskultur" zum Opfer, die die Amnestie für Hunderttausende Mörder in die Finsternis des Vergessens abschiebt.
Andererseits ist daran auch Israel beteiligt. Israel forderte von Deutschland die „*globale Erstattung der entstandenen Eingliederungskosten*" für einwandernde Siedler, sonst nichts. „*Ben Gurion stellte dafür* (für die Wiedergutmachung ab 1952) *gegen erheblichen jüdischen Widerstand einen Persilschein von nationaler Größe aus: Das neue Deutschland sei ein ganz anderes als das alte. In der Tat mordete es nicht mehr. Doch legte es, wo es konnte, über die Mörder die schützende Hand".*[135] Es ist kaum zu glauben, dass das neue Deutschland bei der Verfolgung der Täter des Holocaust ganz anders als das alte faschistische Deutschland gewesen sei. Die Rechtsgrundlage der Amnestie waren doch Gesetze des Hitlerfaschismus von 1941, nach denen Massenmord überwiegend nur Verurteilungen wegen Beihilfe erzeugte und hunderttausendfache faktische Freisprüche. Artikel 103 Abs. 2 des Grundgesetzes von 1949 erlaubte es nicht, ein neues demokratisches Gesetz zu beschließen, das rückwirkend bis dahin unbekannten Massenmord als Mord bestrafte.
Adenauer fing den Ball auf, den Israel ihm zugespielt hatte: „*Schon einen Monat nach dem Abkommen mit Israel meinte Adenauer, dass mit der „Naziriecherei" jetzt doch wohl Schluss gemacht werden müsse. … Wenn tatsächlich grauenhafte Verbrechen an den Juden begangen worden waren, so das* (ehemalige) *NSDAP-Mitglied Kurt-Georg Kiesinger einige Jahre später, dann ‚unter Missbrauch des Namens unseres Volkes." … Nicht Anerkennung von Schuld, sondern die Entlastung von ihr bildet den historischen Kern der Rede von der Verbundenheit mit Israel als deutscher Staatsräson".*[136]
Nicht Deutschland zahlte für seine Verbrechen, sondern die arabischen Bewohner Palästinas. Zwei Drittel von ihnen, d. h. 750.000 Palästinenser wurden 1948 von jüdischen Verbänden mittels Terror aus ihrer Heimat vertrieben. Ihr Vermögen und ihr Land wurde entschädigungslos zugunsten der jüdischen Einwanderer enteignet, unter denen auch viele Holocaust-Überlebende waren. Ihnen und ihren Nachkommen wird die Rückkehr in die Heimat verweigert. Die von Deutschland finanzierten Eingliederungsmaßnahmen

133 Friedrich 1994, 439
134 Friedrich 1994, 440; Giordano 1987, 106f.
135 Heiner Roetz, Der lange Traum vom „anderen Israel", FR 30.11.2023; Näheres in www.dw.com/de/deutsche-wiedergutmachung-für-israel/a-15387373
136 vgl. ebda., Fußnote 97

für jüdische Einwanderer und Siedler bauten auf der zionistischen Grundlage auf, dass Juden einen Anspruch auf Palästina hätten, die seit Jahrhunderten dort lebenden Bewohner jedoch nicht. Ihre Vertreibung aus Israel ist bis heute ein bedeutendes Ziel der zionistischen Regierung. Andererseits ist Judentum nicht identisch mit Zionismus. Nicht wenige jüdische Israelis kritisieren die brutale Unterdrückung der Palästinenser und treten für einen demokratischen säkularen Staat für Juden und Palästinenser ein. Es ist ein Trauerspiel, dass Deutschland die Solidarität mit Israel nutzt, um vom straflosen antisemitischen Massenmord unter seiner Regie abzulenken und dabei in Kauf zu nehmen, dass dem Holocaust entkommene Juden und ihre Nachfahren sich eine „sichere Heimstätte" im Nahen Osten durch die Verwandlung des palästinensischen Volkes in ein Volk von Flüchtlingen verschaffen wollen.
Wohlgemerkt: Hitlerfaschismus und Holocaust waren eine treibende Kraft für die Auswanderung von Juden nach Israel. Von daher gibt es eine Verantwortung Deutschlands für die Eingewanderten. Dass Deutschland die Einwanderung von Juden finanziell unterstützt hat, entsprach dieser Verantwortung. Auf keinen Fall richtig war und ist aber, dass die Hilfe mit einem beiderseitigen Persilschein für Nazimörder verbunden war und dazu beitrug, Palästinenser aus ihren angestammten Gebieten zu verjagen, um den jüdischen Charakter und die Entarabisierung Israels zu sichern. Die somit erfolgte Konnotation, dass Palästinenser für das deutsche Verbrechen des Holocaust bezahlen sollen, für das Deutschland mit Duldung durch Israel keine Verantwortung übernahm, ist untragbar. Sie wird niemals eine tragfähige Basis für Frieden im Nahen Osten sein.
Der israelische Präsident Isaac Herzog brachte den terroristischen Überfall vom 7. Oktober mit dem Holocaust in Verbindung. „*Seit dem Holocaust seien nicht so viele Juden an einem Tag getötet worden*".[137] Herzog zieht damit einen Vergleich vom Hamas-Massaker zu einem Holocaust, mit dem die Hamas wie damals die Nazis angeblich die jüdische Bevölkerung Israels ausrotten wolle. Ähnliche Vergleiche wurden bisher von vielen Experten als Holocaust-Relativierung eingeordnet. Die Hamas soll jetzt als angebliche Erbin des Hitlerfaschismus ausgelöscht werden. Ausgerechnet Netanjahu, der israelische Faschisten in seine Regierung aufgenommen hat, nannte gegenüber Kanzler Scholz die Hamas die „neuen Nazis".
Herzog macht die palästinensische Bevölkerung Gazas kollektiv für einen „Ein-Tages-Holocaust" verantwortlich und rechtfertigt die tägliche Tötung Hunderter Zivilisten in Gaza. Nach diesem medienwirksamen Framing, eben das Massaker mit dem Begriff „Holocaust" zu umrahmen, bezahlten bis jetzt weit über 18.000 Zivilisten, darunter viele tausend Kinder mit ihrem Leben für den Holocaust, den Deutschland verursacht hat.

## Schluss: Optionen

Gideon Levy, Mitherausgeber der liberalen israelischen Tageszeitung Haaretz, gab am 7.11.2023 der Tagesschau ein Interview. Auf die Frage, was notwendig wäre, wenn die Zwei-Staaten-Lösung tot sei, antwortete er: „*Wenn die Zwei-Staaten-Lösung tot ist, gibt es nur zwei Optionen. … Eine Option ist, diese Apartheid auf ewig fortzusetzen und die Palästinenser werden niemals eine Selbstbestimmung, ein Bürgerrecht bekommen. Sie haben noch nicht einmal eine Staatsangehörigkeit, keine Menschenrechte, keine Bürgerrechte. Und wir werden das endlos fortsetzen.*
*Die andere Option ist eine Demokratie. Eine dritte Möglichkeit gibt es jetzt nicht. Und Demokratie ist das Ende des jüdischen Staates, das Ende des Zionismus, das wäre ein Staat zwischen Jordan und dem Mittelmeer. 7 ½ Millionen Juden, 7 ½ Millionen Palästinenser, mit Gaza. Das klingt wie eine Utopie. Aber viele Sachen in der Geschichte haben erst wie eine Utopie geklungen … . Eine Einstaatenlösung mit „eine Person - eine Stimme" ist zur Zeit die einzige Möglichkeit oder absehbare Lösung. Ich weiß, dass das völlig verrückt klingt, aber was für eine Alternative gibt es? Die Alternative ist Apartheid auf ewig.*"
Auf die Frage, ob er glaube, dass die israelische Bevölkerung da mitgehe, führt er aus:
„*Zur Zeit bin ich alleine, und ich war schon immer damit alleine. Es gibt sehr Wenige, die meine Gedanken teilen. Die meisten in der öffentlichen Meinung sagen, ich fantasiere. Darum muss es von der Völkergemein-*

137 www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-israel-gaza-montag-100.html#Holocaust

*schaft herkommen. Die Israelis werden nicht irgendwann morgens aufwachen und sagen, … „diese Apartheid gefällt mir nicht mehr, wir wollen die Besatzung beenden." So funktioniert das nicht. Das funktioniert nur, wenn die internationale Gemeinschaft sich an Israel und die Palästinenser wendet, aber zunächst an die Israelis, und zu sagen: Genug ist genug. Jetzt ist es Zeit für eine Lösung. Stellt uns eine Lösung vor, aber wirklich eine machbare und eine gerechte Lösung, nicht nur aus moralischen Gründen. Jede Lösung, die nicht gerecht ist, überlebt nicht. ….Man braucht etwas, was grundlegend gerecht auch für die Palästinenser ist, sonst werden wir niemals sicher sein."*[138]

Es kann nicht darum gehen, Juden aus Palästina zu vertreiben und auch nicht, Palästinenser aus Palästina zu vertreiben. Die Geschichte zeigt, dass beides unmöglich ist und eine Fortsetzung brutaler Gewalt gegen palästinensische und jüdische Bewohner Palästinas bedeuten würde. Die Unterdrückung eines Volkes (hier des palästinensischen) durch ein anderes Volk (hier des jüdisch-israelischen) hält beide Völker in Unfreiheit, auch das unterdrückende. Das Recht, in Palästina zu existieren, muss das Recht aller Bewohner sein. Dem jüdischen Staat ist es trotz 75-jähriger massiver Bemühungen nicht gelungen, Palästina zu judaisieren und zu entarabisieren, obwohl die Zionisten mit internationaler Hilfe - vor allem der USA und der EU - erstaunliche „Erfolge" in dieser Hinsicht hatten. Wie vor langer Zeit Ben Gurion und jetzt auch Netanjahu eindeutig erklärten, setzt ein jüdischer Staat ein Israel mit maximal 20 Prozent Palästinenser voraus. Je mehr sich das Staatsgebiet aber ausdehnt, desto mehr entfernt es sich von diesem Ziel. Trotz aller Versuche ethnischer Säuberungen wird ein Israel einschließlich der Westbank und Gaza wahrscheinlich mehr als 50 Prozent Palästinenser einschließen. Der Zionismus ist gescheitert. Sein Ziel der Judaisierung Palästinas ist auch nicht mit noch mehr Gewalt zu erreichen, nur mit der Vertreibung von Millionen Arabern aus Palästina. Denn: wohin? Es muss sich in der israelischen Bevölkerung die Ansicht durchsetzen, dass Frieden, Sicherheit und ein normales Leben für Israelis nicht auf der Basis eines Lebens in Unfrieden, Unsicherheit und eines Ausnahmezustandes am Rande des Überlebens für Palästinenser begründen lassen.

Die Länder, die bisher Israel unterstützt haben, sollten aufhören, ethnische Säuberungen, Enteignungen, und permanente Rechtlosigkeit zu unterstützen. Allen voran Deutschland, das aus „Verantwortung für den Holocaust" bzw. dem Versuch, sich aus der Schuld des Holocaust freizukaufen, die jüdische Einwanderung in Palästina massiv unterstützt hat. Hier müsste die Erkenntnis durchschlagen, dass kein Volk in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben kann, wenn es ein anderes Volk unterdrückt und es in seinen Lebensbedingungen immer mehr knebelt. Oder wie es Friedrich Engels in "Der Volksstaat" Nr. 69 vom 17. Juni 1874 ausdrückt: *„Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren. Die Macht, deren es zur Unterdrückung der andern bedarf, wendet sich schließlich gegen es selbst."*[139]

138 www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesthemen/video-1269928.html vom 7.11.2023 04;22 bis 07:18
139 Friedrich Engels, MEW 18, Seite 527

## Literatur

### *a) Bild und Ton zum Thema*


**„Neben der Straße“**, https://vimeo.com/118876361, Israel/Palästina 2013, 83 Min., Regie: Lia Tarachansky. Interviewerin Lia Tarachansky spricht mit Amnon Noiman, Palmach-Veteran.

**„Wir befinden uns am Abgrund!“,** Interview mit Dr. Ofer Cassif, Mitglied der Knesseth, www.actvism.org/latest/israels-kriegsverbrechen-apartheid-cassif/

**„‚Staatsraison‘ und Kreisliga“,** Michael Lüders, 6.12.2023, www.youtube.com/watch?v=P0Y56EeP_Bw

**„The forgotten history of Arab Jews | Avi Shlaim“**, 3.08.2023, www.youtube.com/watch?v=lfDhaWlqXf8 Transkript in dt. Ubersetzung: https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2023/12/Lost-history-of-Arab-Jews-Shlaim_dt.pdf

**"Töte zuerst!"** (The Gatekeepers), www.youtube.com/watch?v=DmkhbyohkV, 90 Min., 2013. Sechs ehemalige Chefs des israelischen Inlandsgeheimdienstes Schin Bet berichten offen über ihre Arbeit.

„**Zeit der Verleumder**“, D 2021, www.youtube.com/watch?v=A6gkY0eUPXg73


### *b) Bücher (verwendete und zu empfehlende)*


**Arrigoni**, Vittorio, GAZA. restiamo umani – mensch bleiben, Frankfurt 2009.

**Asseburg**, Muriel, Palästina und die Palästinenser, München 2022.

**Asseburg**, Muriel, **Busse**, Jan, Der Nahost-Konflikt, München 2023.

**Avnery**, Uri, Wir tragen das Nessos-Gewand, Bonn 1991.

**Bednarz**, D., **Lüders**, M., Palästina Protokolle, Hannover, 1981

**Flapan**, Simcha, Die Geburt Israels, Neu-Isenburg 2005.

**Flottau**, Heiko, Die Eiserne Mauser, Berlin 2009.

**Friedrich**, Jörg, Die kalte Amnestie, NS-Täter in der Bundesrepublik, München 1994.

**Gehrke** W., v. Freyberg, J., Grünberg, H., Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt, Köln 2009.

**Giordano**, Ralph, Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987.

**Hersh**, Seymour M., Atommacht Israel, München 1991.

**Hollstein**, Walter, Kein Frieden um Israel, Bonn 1977.

**Langer**, Felicia, Mit eigenen Augen, Bonn 1977

**Langer**, Felicia, Brandherd Nahost, Göttingen 2004.

**Lüders**, Michael, PLO. Hannover 1982.

**Lüders**, Michael, Wer den Wind sät, München 2021.

**Pappe**, Ilan, Die ethnische Säuberung Palästinas, Frankfurt 2010.

**Ratz**, Michael, Die Justiz und die Nazis, Frankfurt 1979.

**Shahak**, Israel, Nicht-Juden im jüdischen Staat, Bonn 1977.

**Shiva**, Vandana, Der Kampf um das blaue Gold, Zürich 2003.

**Tawil**, Raymonda, Mein Gefängnis hat viele Mauern, Bonn 1979.

**Verleger**, Rolf, Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht, Köln 2014.

**Wild**, Petra, Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina, Wien 2013.

**Yahya**, Faris, Zionist Relations With Nazi Germany, Beirut 1978.

**Zang**, Johannes, Unter der Oberfläche, Berlin 2007